

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark. für Selbstabholer 1.80 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Beistellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfach Leipzig Nr. 63477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon** 72208

Inseratenpreise: Die 10gehalt. Kolonellzeile 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf. Stellenangebote 10gehalt. Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10gehalt. Kolonellzeile mit 50% Nachsch. Reklamezeile 2 Pf. Inserate v. aum.: die 10gehalt. Kolonellzeile 40 Pf. bei Platzvorschrift 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Pf.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postanstalten entgegen

Vor Reichstagsbeginn

Die Aktion der Imbusch und Stegerwald

Das Plenum des Reichstages wurde für Donnerstag zum Zusammenberufen, um den Wahlausmarsch der Parteien einzuleiten. Seit einigen Tagen bereits sitzen die Ausschüsse beieinander, um den Beratungstoff für die kommenden Wochen vorzubereiten. Im Hauptauschuss wird der Etat vorbereitet, obwohl die erste Lesung im Plenum des Reichstages erst Donnerstag beginnen soll. Im Wohnungsausschuss wird weiter über die Gestaltung der Wohnungsprobleme gekämpft. Auch das im Dezember vorgelegte Liquidationsabkommengesetz wurde in Angriff genommen. Das Augenmerk der Politiker aber richtet sich in erster Linie auf den Schulausschuss, in dem seit Monaten über die Differenzen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei gehandelt wird.

Wie unlängst berichtet wurde, haben die Blockparteien zusammengesessen, um eine Verständigung über die strittigen Paragraphen herbeizuführen. Dies gelang hinsichtlich des Paragraphen 16, in dem die Schulaufsicht durch die Religionsgesellschaften festgelegt werden soll. Das Zentrum hat zwar Konzessionen gemacht, aber die Volkspartei ist auch ob der neuen Formulierung dieses Paragraphen nie recht froh geworden. Jetzt kommt nun, wie an anderer Stelle zu ersehen ist, die Nachricht, daß die Volkspartei Angst vor der eigenen Courage bekommen hat. Das Zentrum hatte sich geweigert, seine Unterschriften unter die Kompromißfassung zu setzen, nun scheint es, als ob auch die Volkspartei wenig Neigung habe, die neue Fassung des Paragraphen 16 anzunehmen. Die interparteilichen Beratungen über den Paragraphen 20, der die Frage der Simultanakademie regeln soll, stehen noch aus. Jedenfalls werden die Beratungen über das Schulgesetz noch mancherlei politische Wogen im Gefolge haben. Dies um so mehr, als das Schulgesetz immer stärker in den Gesichtswinkel der Wahlvorbereitungen tritt.

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstages hat Herr Geßler, der traditionelle Wehrminister der Republik, sein Abdingungsschreiben eingereicht. Trotz all der Bemühungen von Seiten des Bürgerblockführers Marx wie auch des Reichspräsidenten, des besonderen Schutzherren Dr. Geßlers, ist es nicht gelungen, den Arbeitsmüden von seinen Vorläufen abzubringen. Die Republik ist zur Zeit ohne Wehrminister, und niemand vermag heute auch nur mit einiger Sicherheit anzugeben, wer etwa das Erbe Dr. Geßlers antreten wird. Durch den Kampf um den neuen Reichswehrminister werden die Gegensätze im Bürgerblock nicht vermindert. Dies um so weniger, als die Reichswehrangelegenheiten ihre Rückwirkungen auch im Zentrum geltend machen.

Neben den Deutschnationalen ist zur Zeit die Marzpartei den stärksten politischen Erschütterungen ausgesetzt. Der Zentrumsturm ist ins Wanken geraten. Das ist nicht nur eine Erkenntnis aus den letzten Wochen. Wir erinnern an die Hufarenritte, die Dr. Wirth gegen den Bürgerblock und seinen Kanzler Dr. Marx unternommen hat. Inzwischen aber ist Herr Dr. Wirth verstummt. Seine Position wurde von den Führern der Christlichen Gewerkschaften übernommen. Zunächst stand der Ehren doktor Stegerwald im Vordergrund. In den letzten Tagen aber hat Herr Imbusch die Führung angetreten.

Damit bestätigen sich die Voraussetzungen, die schon in Vorkriegszeiten gemacht worden sind. Für die Dauer sind auch durch eine organisatorisch noch so fest gefügte Religionsgemeinschaft die sozialen Gegensätze nicht zu überbrücken. Schon aus dem Munde Dr. Wirths trat die Gärung unter den Zentrumsarbeitern immer stärker hervor. Jetzt aber haben die eigentlichen Führer der Zentrumsarbeiter das Wort ergriffen. Zwischen diesen und dem Bürgerblockführer Dr. Marx hat sich in der Öffentlichkeit eine scharfe Auseinandersetzung abgespielt. Das vermögen auch die Prälaten und die Vertreter des Klerus in den politischen Redaktionen der Zentrumsbücher nicht zu verschleiern. Kein äußerlich ergibt sich dieser Gegensatz bereits, wenn man die Überschriften in der Zentrumspresse verfolgt. „So geht es nicht“, „Falsche Behauptungen und überflüssiger Streit“, „Von politischen Briefen, die besser unterblieben wären“, „Imbusch schüttet sein Herz aus“. So geht es in endloser Reihenfolge fort, obwohl der Bürgerblockführer und seine immer betriebamen Hintermänner nichts unterlassen haben, um die so ungerufenen Geister in den Zentrumsarbeiterkreisen zu beschwören.

Die ganze Stochkraft der christlichen Gewerkschaftskreise richtet sich gegen Herrn Dr. Marx. Dieser war dereinst Volksblockkandidat im Kampfe gegen Hindenburg, aber selbst die begeistertsten Anhänger dieser Präsidentschaftskandidatur in den Redaktionen der demokratischen Presse dürften inzwischen ein gehöriges Haar in der von Dr. Marx eingebrochten Zentrumssuppe gefunden haben. Herr Dr. Marx hat im Sommer demonstrativ das Reichsbanner verlassen, und seitdem hat er sich im Sturmschritt nach rechts konzentriert, nur um die Risse im Bürgerblock zu überbrücken. In Wirklichkeit hat damit Dr. Marx sein Innerstes offenbart, und so mag der Brief entstanden sein, den er in diesen Wochen an den Geschäftsführer des Ausschusses des katholischen Lehrerverbandes geschrieben hat. Er hatte dort in einem privaten Schreiben seine Auffassungen über die Aktion Stegerwalds gegen die Besetzungsvorlage dargelegt. Der Brief wurde in der Nassauischen

Das Wehrministerium zahlt für Schreck!

Ein republikanischer Richter und der weltliche Eid

Leipzig, 17. Januar.

Der siebente Verhandlungstag wird durch die Vernehmung des Zeugen Enderle eröffnet. Schreck hat bei Enderle Stempel mit Reichsadlern, Frontbannabzeichen und ähnlichen Insignien bestellt. Enderle lehnte die Anfertigung von Reichsadlertempeln ab. Schreck hat den Adler selbst hineingeschnitten und das Wort Reichswehrministerium aus Silben anderer Wörter zusammengesetzt. Der Zeuge Morgenstern hat Anfang Februar 1925 auf Rechnung Dr. Schrecks eine kleine Druckeinrichtung für 250 Mark geliefert; Schreck bezahlte sofort. Ende August 1925 hat der Zeuge auf Verlangen Schrecks die Einrichtung wieder zurückgekauft.

Dem Buchdruckermeister Kunz hat sich Schreck als Reichswehroffizier vorgestellt. Schreck brachte einen Druckauftrag. Ein Artikel über „Probleme der Landesverteidigung“ wurde auf 300 Zettel gedruckt. Gleichzeitig mußte auf die Rückseite der Zettel irgendein beliebiges gerade in der Druckerei laufender Text gedruckt werden, so daß der Ansehen eines Zeitungsauslasses nicht so erweckt wurde. Schreck erklärte, daß man der Ententeoffiziere wegen sehr vorsichtig sein müsse, da sogar die Reichsdrucker überwacht würde.

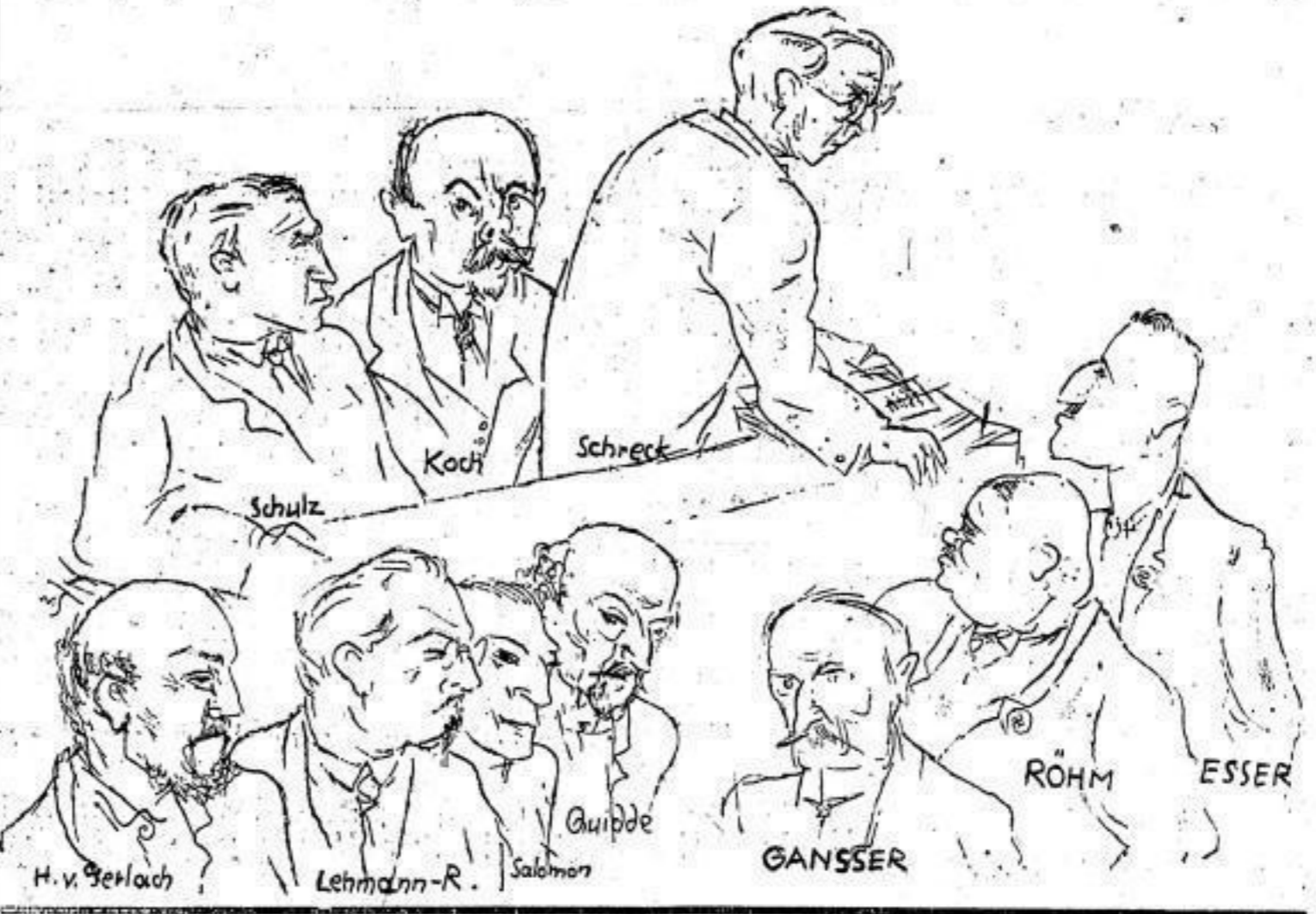
Der Notar Rading bestätigt die Angaben seines Chefs Kunz. Schreck hat auch Stammbrotenauszüge drucken

lassen. Um den geheimen amtlichen Charakter zu wahren, zeigte Schreck gefälschte ausgefüllte Auftragsformulare des Reichswehrministeriums vor. Von den famosen Zeitungszetteln „Probleme der Landesverteidigung“ weiß der Zeuge nichts, da der Besitzer auftragsgemäß die Angelegenheit streng geheim hielt, den Zettel eigenhändig lehte und druckte.

Im Schreibbureau der Frau Berter hat Schreck ebenfalls Arbeiten ausführen lassen. Vorher erkundigte sich Schreck nach der Zuverlässigkeit der Frau. Da der Ehemann der Deutschnationalen Partei angehörte, ließ er mehrere Denkschriften abtippen und vervielfältigen.

Anfang August 1925 setzte sich die Frau mit dem Reichswehrministerium in Verbindung, da mehrere Rechnungen offen standen und sie Schrecks Adressen nicht kannte. Zunächst telephonierte sie; da auf diese Weise natürlich keine Klärung herbeizuführen war, wurde sie in die Bendlerstraße bestellt. Sie nahm eine noch in ihrem Besitz befindliche militärische Denkschrift, die mit Volk von Wülffingen unterzeichnet war, mit. Sie sprach mit Volk von Wülffingen im Ministerium, der die Denkschrift an sich nahm. Nach zweitägigem Warten wurden der Frau ohne weitere Befragung die restlichen Rechnungen im Betrage von 50 Mark für die Abschriften der Schreck'schen Fälschungen bezahlt!

Der Vertreter des Reichswehrministeriums, Major Hart-



Schulzeitung wiedergegeben, und Herr Dr. Stegerwald hat daraufhin erklärt, daß er vorläufig seine Funktion als zweiter Vorsitzender der Zentrumsfraction nicht mehr ausüben gedenkt. Dabei ist zu beachten, daß Herr Dr. Stegerwald bis vor kurzem noch den rechten Zentrumslügel angehörte, und daß er erst unter dem Druck der Arbeitermassen eine Linkschwenkung vorgenommen hat.

Inzwischen hat nun Herr Imbusch in den Reden zu Oberhausen und Essen seinen Vorstoß gemacht. In einer Tagung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, der unter dem Vorsitz Stegerwalds am Montag tagte, wurde kein Zweifel darüber offen gelassen, daß Marx nicht mehr der Mann der christlichen Gewerkschaften sei. Im Kampfe gegen die großkapitalistischen und agrarischen Interessen, die vom rechten Flügel des Zentrums unter Führung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns immer schärfer vertreten werden, ist der Gedanke aufgetaucht, eine selbständige Christliche Arbeiterpartei zu begründen, die naturgemäß keine stärkere Bedeutung erlangen könnte. Der Gang der Entwicklung, der sich dauernd verschärfende Druck des Trustkapitals zwingt die christlichen Arbeiter immer gebieterischer, auch den letzten Schritt zu tun, und den Anschluß an die eigentliche Klassenpartei des Proletariats, die Sozialdemokratie, herbeizuführen.

Dahin drängen noch andere Tendenzen, die im Zentrum gegenwärtig wirksam sind. Vor einigen Wochen wurde der Zusammenschluß zwischen dem Zentrum und der Bayerischen Volkspartei herbeigeführt. Das ist das Werk des rechten Zentrumslügels. Dieser erhofft durch die Wiedervereinigung der beiden kirchlichen Parteien eine Stärkung der kapitalist-

ischen Einflüsse in der Gesamtpartei, und diese Rechnung dürfte durch die Entwicklung auch durchaus bestätigt werden. Dies ergibt sich bereits aus den Gegendarstellungen, die von Seiten der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz zu einer Nebenabrede Guérards gemacht worden sind. Guérard hatte, im Gegensatz zu den Auffassungen des Blockführers Dr. Marx, der erklärte, das Zentrum sei weder monarchistisch noch republikanisch, es sei eine Verfassungspartei, erklärt, daß das Zentrum dennoch republikanisch sei. Dagegen hat die Bayerische Volkspartei Einspruch erhoben. Niemand wird behaupten wollen, daß ausgesprochen Herr Guérard den Wirth, Stegerwald und Imbusch die Stange hält. Jedenfalls aber zeigen alle diese Strömungen, daß der Gärungsprozess in der Zentrumspartei bei weitem noch nicht beendet ist.

Die Zentrumspartei ist eine der Säulen des Bürgerblocks. Die obersten Kirchenhirten haben ihr den Befehl erteilt, das Schulgesetz unter allen Umständen durchzuführen. Das kann nur geschehen im Bunde mit den Deutschnationalen, so daß das Zentrum, trotz all der sozialen Erschütterungen in den eigenen Reihen, auf Gedeih und Verderb mit dem Bürgerblock verbunden bleibt. Als Dank für diese Helderdienste fordern die Deutschnationalen Gegenleistungen im Sinne des Trustkapitals und der Großagrarier, wodurch die Klust in den Zentrumskreisen noch verbreitert wird. Diese Kämpfe werden den kommenden Auseinandersetzungen im Reichstage das Gepräge geben. Und wahrscheinlich war es nicht das letzte Mal, als der traditionell unerschütterliche Zentrumsturm bei den Abstimmungen über die Besetzungsvorlage rettungslos auseinanderfiel.

man hörte dieser sensationellen Mitteilung sichtlich unruhig zu, sagte aber nichts. Erst als er nach der Mittagspause aufmerksam gemacht wurde, welchen Eindruck diese Enthüllung in der Öffentlichkeit auslösen würde, hat er den Vorstehenden, für ihn folgende, einem Reichswehrtagungsbeschluss ähnliche, „Erklärung“ abgegeben.

Vorl: Man darf aus der Tatsache, daß die Rechnung vom Wehrministerium bezahlt wurde, nicht den Schluss ziehen, daß die Wälfingische Denkschrift vom Wehrministerium für echt oder sonst etwas gehalten wurde. Die Denkschrift wurde schon als Fälschung entdeckt. (Wann??) Man wolle die Frau nicht bis zur Beendigung der Untersuchung warten lassen. Deshalb hat sich der Staat die paar Mark an sein Gebunden, damit die arme Frau nicht geißelt wird!

Dabei ließ Schreck noch beinahe acht Wochen frei in Berlin herum und wurde auch dann erst durch einen Zufall verhaftet. Bei der Frau wurde überhaupt nicht nachgeforscht. Hier mußte doch wohl begonnen werden, wenn die Denkschrift den tatsächlichen Verhältnissen nicht gar zu nahe gekommen wäre. Also darf man wohl die Vermutung aussprechen, daß die Rechnung vom Reichswehrministerium bezahlt wurde, weil man ein schlechtes Gewissen hatte und weil man ähnliche Dinge, wie die in der Denkschrift erwähnten, trieb!

Der Geschäftsführer der Berliner Blumenfäule in der Zimmerstraße bezeugt Schreck für die Zeit vom April bis Juli 1925 als einen seiner besten Gäste. Er war dort unter dem Namen des Rechtsanwalts Dr. Roder als Verteidiger Hitler's allgemein bekannt. Er kam sehr oft und machte große Feste. Schreck will die Feste von seinem Gehalt, das er sich auf Kosten der mysteriösen nationalen Vermittlungsstelle bewilligt haben will, bezahlt haben. „Von den 1000 Mark und monatlich 600 bis 700 Mark in die Blumenfäule geflossen!“ Tatsächlich waren die Ausgaben dort aber viel größer.

Der Oberregierungsrat Mühlstein vom Reichskommissariat für öffentliche Ordnung teilt einen Bericht eines seiner Agenten mit. Daraus ging hervor, daß sich Polen sehr bemüht, das Buch eines Offiziers aus dem Reichswehrministerium zu erhalten, das von der Verwendung der nationalen Verbände im Falle einer kriegerischen Verwicklung handelte. Nun erörterte der Zeuge noch einmal die Verwendung des Schreckischen Materials auf der Wälfingtagung durch Polen. In nichtöffentlicher Sitzung teilte der Zeuge dann noch mit, auf welche Weise die deutschen Behörden in den Besitz der polnischen Photographie des Schreckischen Materials gelangten.

Der Vorsitzende hatte allen bisherigen Zeugen entgegen den gesetzlichen Vorschriften ohne weiteres den Eid abgenommen. Der erste pazifistische Zeuge mußte ihn unterbrechen und den weltlichen Eid fordern. Der Vorsitzende vermochte nicht den weltlichen Eid ordnungsgemäß abzunehmen, so daß ihm die Formel von einem Richter vorgelesen werden mußte. Erst beim vierten pazifistischen Zeugen klappte die Abnahme des weltlichen Eides! Uebrigens schrieb bei Vernehmung aller pazifistischen Zeugen eine Stenotypistin der Oberregierungsverwaltung mit; man sammelt „Material“.

Dem Journalisten Jakob Salomon hat der Schriftsteller Karl Mertens von geheimen Protokollen erzählt, deren Photographie Prof. Luidde anonym geschickt worden waren und auf die Mertens in der Weltbühne Bezug nahm. Der Zeuge hat dann bei Mertens das Material eingesehen und von vornherein den Eindruck gehabt, daß es sich um Verfälschungen handle, mit denen man die pazifistischen Kreise hineinlegen wollte. Später hat der Zeuge das Material aus tatsächlichen Gründen dem Jungdo jugestellt. Auf eine von pazifistischen Kreisen in den Reichstag langierte Anfrage über die Schreckischen Dokumente erklärte Giesler, daß man sich in seinem Ministerium wohl mit „Problemen der Landesverteidigung“ beschäftigte, aber nicht so dumm sei, darüber eine Broschüre zu schreiben. Das habe ein Fälscher getan, der hinter Schloß und Riegel stehe. Mertens hat dem Zeugen den Namen Schrecks genannt, der ihm Material ausgeliefert hatte.

Helmuth von Gerlach bekundet, daß ihm Luidde im Frühjahr 1926 von einer fonderbaren Urkundenfälschung, die sich Gerlach ansehen sollte, Mitteilung machte. Auch Mertens machte ihn auf die Urkunden aufmerksam. Gerlach nahm Kenntnis von den zahlreichen Photographien der Fälschungen. Auch Gerlach war überzeugt, daß es Fälschungen waren. Gerlach hat in Genf den Genossen Breitscheld auf die Dokumente, mit denen Polen und Italien operieren würden, aufmerksam gemacht; Breitscheld gab die Warnung dann an Stresemann weiter.

Prof. Ludwig Luidde, der Friedensnobelpreisträger, hat im März 1926 ein Paket mit zahlreichen Photos der Schreckischen Denkschriften und Protokolle von einem angeblichen republikanischen Reichswehroffizier erhalten. Er ließ von dem Material seine Freunde Kenntnis nehmen. Nach einigen Monaten forderte ihn der nationale Lokpöbel auf, doch das Material endlich zu veröffentlichen. Luidde weiß nicht, wo die Photos geblieben sind. Luidde sprach im Auswärtigen Amt mit Clodius, dem Bearbeiter der Rüstungsfragen, über diese Photos. Sofort legte Clodius diesen Photographie vor, so daß sich für Luidde die Angelegenheit erledigt hatte.

Der Schriftsteller Lehmann-Ruhbaldt ist durch die Weltbühne mit dem Schreckischen Material bekannt geworden. Er hat in Gemeinschaft mit Mertens auf Grund des Materials eine Broschüre geschrieben, wegen der gegen ihn ein Landesverratsverfahren eingeleitet wurde.

Zwanzig Uhr wurde die Verhandlung auf Donnerstag neun Uhr vertagt, da die Angeklagten nicht mehr folgen konnten. Der Mittwoch ist Sitzungsfreitag.

Litauens Antwort an Polen

17. Januar.

Die amtliche polnische Telegraphen-Agentur meldet heute, daß der litauische Ministerpräsident gestern Abend dem polnischen Sonderkurier, Grafen Larnowski, die litauische Antwort auf die polnische Note überreicht habe. Wie aus Romo gemeldet wird, enthält die litauische Antwortnote im ersten Teil eine ausführliche Darlegung und Kommentierung der Genfer Abmachungen. In der Note wird dann weiter erklärt, daß Polen in zwei Punkten diese Abmachungen nicht gehalten habe. Einmal hätten die aus dem Vilnagebiet ausgewiesenen Litauer bisher nicht die Möglichkeit zur Rückkehr erhalten, zum anderen Male habe Polen die Emigrantenarmee unter Führung Plechallis nicht aufgelöst, sondern es befänden sich weiterhin Truppenabteilungen in litauischen Uniformen im Lager von Liba bei Grodno. Woldemaras erklärt weiter, daß die polnischen Vorschläge bezüglich des Verhandlungsgegenstandes nicht genügend seien, und rüch an Polen die Frage, ob die polnische Regierung geneigt sei, die Entschädigungsfrage für die durch die Besetzung des Wilnagesbietes entstandenen Schäden in das Verhandlungsprotokoll mit aufzunehmen. Bezüglich der in der polnischen Note enthaltenen Vorschläge fragt die litauische Regierung an, ob Polen die Verhandlungen mit oder ohne Beteiligung des Wälfingbundes führen wolle. Im ersteren Falle müßten Zeit und Ort der Verhandlungen im Einverständnis mit dem Wälfingbund festgelegt werden. Eine Kopie der Antwortnote ist von Woldemaras dem Generalsekretär des Wälfingbundes überreicht worden.

Der politische Direktor des Wälfingbundessekretariats, Sugimura, der am Montag in Berlin eintraf, ist, ohne in Berlin Aufenthalt zu nehmen, nach Romo weitergereist. Die Sowjetregierung hat am Dienstag in Romo ein Memorandum über die bevorstehenden Verhandlungen zwischen Litauen und Polen überreicht. Der Inhalt dieses Schriftstückes wird vorläufig vertraulich behandelt.

Aussprache auf der Länderkonferenz

Preußen für den Einheitsstaat

Die Länderkonferenz in Berlin setzte am Montagmorgen die Erörterung des Themas: Reich und Länder fort.

Der preussische Ministerpräsident Otto Braun

Der noch Held sprach, legte ein grundsätzliches Bekenntnis zum Einheitsstaat ab. Er verwies auf seinen programmatischen Vortrag, der schon vor einem Jahre im Druck erschienen ist. Die jetzigen Zustände seien unhaltbar und zwar aus finanziellen wie aus allgemeinen staatspolitischen Erwägungen. Er lege dabei das Hauptgewicht auf die staatspolitischen Erwägungen und nicht auf die finanzielle Seite. Die Komplexität im Finanzstellen lasse sich zahlenmäßig nicht ausrechnen und demgemäß auch nicht zu Vergleichszwecken gegenüberstellen. Im alten Reich seien die staatspolitischen Verhältnisse nur erträglich gewesen durch die Vormachtstellung Preußens und die Personalunion zwischen der preussischen Spitze und der Spitze der Reichsregierung. In Weimar habe man diese Grundlage verlassen, sei aber den Weg zum Einheitsstaat nicht zu Ende gegangen. Aus dieser Halbschicht ergebe sich die Unhaltbarkeit des heutigen Zustands auch im finanziellen. Es sei kein Zufall, auch nicht Unfähigkeit, daß man das Problem des Finanzausgleichs nicht endgültig lösen könne, solange diese unhaltbaren Zustände anhalten. Staatspräsident Baizille habe eine Schwächung der preussischen Stellung im Reichsrat gewünscht. Herr Baizille scheine sich nicht klar darüber zu sein, daß die Stellung Preußens im Reichsrat schon unheilbar schwach gehalten sei.

Wenn Herr Baizille weiter meint: „Ja, die Preußen sind heute doch gar zu stark bevorrechtet, denn sie wählen ja zu zwei Dritteln den Reichstag und den Reichspräsidenten, so nehmen Sie nur bitte nicht übel, daß ich dieses Argument nicht ganz ernst nehmen kann. Was wollen Sie denn? Wollen Sie den preussischen Reichstag alswählen auch noch ein geringeres Stimmrecht dafür geben, daß es so viele Preußen im Reich gibt? Feld und Baizille wollten zurück zum Föderativstaat. Das würde bedeuten, Rückgabe der Finanzhoheit an die Länder und damit Wiederherstellung des preussischen Uebergewichtes, eine Wirkung, die Sie sicher nicht erzielen wollten. Infolgedessen bleibe nur der Weg zum Einheitsstaat übrig.

Am Dienstag wurde nach einer belanglosen Rede des Reichskanzlers über die Referate debattiert. Der sächsische Ministerpräsident Heide plädierte im Gegensatz zu dem Vorschlag des Bürgermeisters Peterßen dafür, daß der Reichsrat einen Verfassungsausschuss einsetze, dem die Ministerpräsidenten der Länder als stimmberechtigte Mitglieder angehören sollen, und der alle Vorschläge unter dem Gesichtspunkt ihrer Realisierbarkeit zu prüfen hätte. Der sächsische Staatsminister Heide verlangte, daß die Fragen nicht vom rein akademischen Standpunkt aus geprüft werden sollen. Der heilsche Staatspräsident Ulrich erklärte, daß der bisherige Verlauf der Konferenz in keiner Weise befriedigt habe. Man müsse sich darüber klar sein, daß alle Umstände auf den Einheitsstaat hindeuten, und es sei töricht, die Augen vor Dingen zu verschließen, die kommen müssen. Die Verwaltungsapparate der Länder müßten allmählich in die Hände des Reiches übergehen. Auch der bairische Staatspräsident Neumeyer begrüßte den Einheitsstaat, warnte aber vor überspanntem Zentralismus, der preussische Finanzminister

Dr. Hüpfert-Wolff betonte, daß die Siebung eine der größten deutschen Fragen sei, die, wie auch die Wohnungsfrage, vom Reich übernommen werden müsse. Reichsarbeitsminister Brauns polemisierte gegen den Vorwurf des bairischen Ministerpräsidenten, daß sich das Reichswehrministerium zu sehr in Fragen der reinen Landespolitik betätige.

In ihren Schlussworten betonten die Referenten noch einmal ihren in den Referaten bereits niedergelegten Standpunkt. Ministerpräsident Heide erklärte, Bayern würde gern bereit sein, sich mit dem Reich zusammenzusetzen, um Schwierigkeiten auf der Welt zu schaffen. Dies könne geschehen, ohne daß man das Volk neuen Erschütterungen aussetzen müsse. Bayern werde sich niemals in einen Einheitsstaat in irgendeiner Form hineinpressen lassen.

Bürgermeister Peterßen hielt gleichfalls die in seinem Referat vertretenen Gedankengänge aufrecht und erklärte, daß allerdings die Zeit für endgültige Lösungen noch nicht reif sei.

Ministerpräsident Braun wandte sich vor allem gegen die Vorwürfe, als wolle Preußen die kleinen Länder schlucken. Was er gesagt habe, habe er vielmehr in Uebereinstimmung mit der Angstriffe gesagt. Preußen habe von sich aus keinerlei Interesse, andere Länder in sich aufgehen zu lassen, zumal da sich die kleinen Länder, die sich Preußen anzuschließen wünschten, durchweg in finanziellen Schwierigkeiten befänden. Gegenüber dem bairischen Ministerpräsidenten betonte er, daß es ein „Niemals“ in der Geschichte nicht gebe. Er legte dann noch einmal den preussischen Standpunkt dar, der bereits in einem Landtagsbeschluss von 1910 zum Ausdruck gekommen sei, daß Preußen immer bereit sei, im Einheitsstaat aufzugehen, vorausgesetzt, daß alle übrigen Länder ebenso verfahren würden.

Am Dienstagmorgen erstattete zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft“ der preussische Finanzminister Hüpfert-Wolff das Referat, der bairische Finanzminister Schmitt das Korreferat. In der Diskussion nahm der bairische Finanzminister Schmeigle das Wort.

Das vorläufige Ergebnis: Ein Ausschuss

Berlin, 17. Januar.

In politischen Kreisen beurteilt man die Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder heute dahin, daß sie wahrscheinlich zu der Einsetzung eines Ausschusses führen wird, der in bestimmter Zeit genaue Vorschläge ausarbeiten muß, durch die die Ziele der Konferenz verwirklicht werden könnten. Man weist darauf hin, daß ein so großes Gremium von über 100 Personen eigentlich nur die Aufgabe lösen kann, in Rede und Gegenrede die Probleme herauszustellen und Wege zu ihrer Lösung anzudeuten, das dagegen die praktische Arbeit einem engeren Kreise zugewiesen werden muß, der befähigt ist, an die praktische Verwirklichung der ausgesprochenen Gedanken heranzutreten.

Zu dem von Preußen gemachten Vorschlag, das preussische Oberverwaltungsgericht in dem in Berlin neu zu schaffenden Reichsverwaltungsgericht aufgehen zu lassen, ist laut Berliner Tagesblatt vom Reichsinnenminister von Reubell nunmehr ein Entwurf fertiggestellt worden, der bereits in der letzten Sitzung des Reichskabinetts beraten wurde. Das Blatt glaubt, daß sich auch die Länderkonferenz mit dem preussischen Vorschlag befassen wird.

Die deutsch-österreichische Strafrechtsgleichung

Zaung des gemeinsamen Ausschusses

SWD In Berlin tagte die Vertretung des Strafrechtsgesellschaftes des österreichischen und des deutschen Parlaments. Die Erörterungen über die Todesstrafe wurden vorläufig zurückgestellt. Zuvor erklärte der sozialdemokratische Abg. Renner (Wien), daß Oesterreich an der Abschaffung der Todesstrafe festhalte.

Im Verlauf der Debatte über den bedingten Straferlass wünschte der sozialdemokratische Abg. Giesler (Wien), daß der vom österreichischen Strafrechtsgesellschaft gefasste Beschluß, dem Gericht das Recht des Straferlasses der Strafe bis zu einem Jahr zu geben, von Deutschland übernommen werde. Der deutsche Rechtsausschuss hat den bedingten Straferlass auf Strafe bis zu sechs Monaten beschränkt. Mit allen Stimmen gegen die Deutschenationalen wurde beschlossen, das deutsche Gesetz dem österreichischen anzupassen. Ebenso stimmte man einem Beschluß des österreichischen Ausschusses zu, die Mindeststrafezeit für die Bewährung nicht auf zwei Jahre zu bemessen, wie in Deutschland beschlossen war, sondern auf ein Jahr. Dagegen wurde gegen die Stimmen der österreichischen und deutschen Sozialdemokraten beschlossen, abweichend von einem milderen österreichischen Beschluß, dem Gericht die Möglichkeit zu geben, die Probezeit nachträglich bis auf insgesamt fünf Jahre zu verlängern. In Bezug auf der Strafverweigerung hatte der deutsche Ausschuss beschlossen, diese Maßregel bei Jugendlichen unter 21 Jahren nicht stattfinden zu lassen. Auf Antrag des Abg. Rosenfeld (Soz.) wurde beschlossen, die österreichische Regelung der besseren deutschen Regelung anzupassen.

Die Reichsverweigerung gegen Ausländer, die zu einer Freiheitsstrafe verurteilt sind, waren nach deutschem Beschluß in das Ermessen des Gerichts gestellt, während nach dem österreichischen Beschluß die Ausweisung automatisch zu erfolgen hat. Die Sozialdemokraten beantragten die Uebernahme des deutschen Beschlusses auf beide Länder, da die zwangsweise Vorweisung der Ausweisung in vielen Fällen eine große Härte bedeuten würde. Der Antrag wurde aber gegen die Stimmen der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten abgelehnt. In der Frage der Verjährung wurde der vom deutschen Ausschuss gefasste Beschluß, die Verjährungsfrist bei Verbrechen, die mit Todesstrafe oder mit lebenslanger Freiheitsstrafe bedroht sind, auf 30 Jahre herauszusetzen statt auf 20 Jahre, wie in Oesterreich beschlossen war, gegen die Stimmen unserer Genossen aufrecht erhalten.

Ein besonders lebhafter Kampf entbrannte um die Frage, ob einem Rechtsanwalt, der zu einer Gefängnisstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden ist, vom Gericht nach freiem Ermessen auch das Recht zur Ausübung der Rechtsanwaltschaft soll aberkannt werden können. Abg. Rosenfeld (Soz.) beantragte Streichung dieser Bestimmung. Im gleichen Sinne sprachen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten Giesler (Wien), Renner (Wien) und Saenger (München), indem sie insbesondere darauf hinwiesen, daß die Rechtsanwälte der Ehrengerichtbarkeit ihres Standes unterläßen und die Ehrengerichte schon darüber wachen, daß die Unwaltschaft von würdigen unwürdigen Elementen gereinigt würde. Die sächsischen-jugischen Vertreter aus Oesterreich und die deutschnationalen Vertreter Deutschlands traten dagegen für die Bestimmung ein. Von den Vertretern der bürgerlichen Parteien äußerte nur der Vorstehende, Abg. Kahl, seine Sympathie für den sozialdemokratischen Antrag. Er hat aber, die Beschlussfassung vorläufig auszuschieben. Der Ausschuss beschloß, um der Unwaltschaft Gelegenheit zu geben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Zur Frage der Gewohnheitsverbrechen war von sozialdemokratischer Seite eine Verschärfung der Voraussetzungen für die Verhängung der Gewohnheitsverbrechen vorgeschlagen worden, das beantragt worden, daß diese nicht schon nach zweimaligen Vorstrafen, sondern erst nach fünfmaligen Vorstrafen verhängt werden dürfen. Dieser Antrag stieß aber auf den geschlossenen

Widerspruch aller Vertreter der bürgerlichen Parteien beider Parlamente. Es verließ daher bei den früheren Beschlüssen. Am Schluss der Tagung wurde beschlossen, die nächste Sitzung gemäß einer Einladung der sächsischen Regierung im März in Dresden abzuhalten.

Das Verfahren gegen den Wikingbund

Wie die Zeit-Notizen zuverlässig hören, ist die Polizeidirektion wegen des Weiterbestehens des durch Urteil des Staatsgerichtshofes in Preußen verbotenen Wiking-Bundes in diesen Tagen abgeschlossen worden. Die Akten beim Untersuchungsrichter sind außerordentlich umfangreich, so daß die Vorbereitung des Prozesses einige Monate beanspruchen dürfte. Einige Funktionen der verbotenen Organisation scheinen bereits jetzt so gut wie überflüssig; die früheren Stellen des Wiking arbeiteten in der gewöhnlichen Weise weiter, teilweise sogar unter Benutzung der alten Kopfbogen. Mit dem Finanzielle sorgte eine „Kriegelbrosamlung“; die Verbindung mit der Bundesleitung in München blieb ununterbrochen.

Freilich leugnet „Der Chef“, Kapitän Ehrhardt, wie gewöhnlich alles; er wußte von nichts. Er hat in der von ihm gegründeten Organisation nichts zu sagen. Offiziell durfte er ja auch nichts wissen, denn er hatte dem Staßhelm, als er in ihn eintrat, versprochen, den Wiking nicht weiterzuführen. Falls Ehrhardt bei seinem gewöhnlichen Glück von den Gerichten nicht angeklagt werden sollte, kann er vielleicht als Zeuge das alles beibringen. Seitdem er vom Verdacht des Meineides und der Anstiftung zum Meineid als von politischen Verbrechen amnestiert wurde, ist er ja inzwischen schon vor Gericht als vereidigter Zeuge aufgetreten.

Preußens Streit mit den Hohenzollern

Die Abwicklung des Auseinandergehensvertrages zwischen dem preussischen Staat und dem ehemaligen Königshaus ist seit der Eröffnung der vertraglichen Verhandlungen immer von Schwierigkeiten begleitet gewesen. Jetzt haben sich die Differenzen so zugespitzt, daß der preussische Finanzminister das in § 15 des Abwicklungsvertrages vorgesehene Schiedsgericht angerufen hat. Dieses Gericht besteht aus 3 Mitgliedern, von denen der Staat und das vormals regierende Königshaus je einen ernannt. Der Streit dreht sich um einen Betrag von 780 723 M., die von dem preussischen Fiskus zurückverlangt werden, ohne daß die Hohenzollern dazu bisher Anstalten gemacht hätten.

Notizen

II In Bolivien ist nach Meldungen aus La Paz eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen worden. Verschiedene Deputierte und andere prominente Persönlichkeiten wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. In La Paz sind starke Truppenabteilungen zusammengezogen worden.

III Der neue russische Botschafter Dowgalewski ist gestern in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der französischen Regierung begrüßt.

Aus Oslo wird gemeldet: Ministerpräsident und Außenminister Lyffe und der deutsche Gesandte Dr. Rhomborg haben am 17. Januar ein Abkommen zwischen der deutschen und der norwegischen Regierung über die gegenseitige Aufhebung des Wälfingzwangs unterzeichnet.

Aus Kesküh wird gemeldet, daß der Gerichtsrat Preitisch, gegen den vor einigen Tagen ein Renoveerkenntnis aus politischen Gründen verübt wurde, seinen Verurteilungserkenntnis erlegen ist.

Nach einem Meldung aus Moskau ist der Volkskommissar für Justiz, der RSKR. Kurst, zum Botschafter der Sowjetunion in Rom ernannt worden.

Die Radikalsozialisten in der Poincaréfront

In Frankreichs Kammer werden die Parteien zu Stellungnahmen gezwungen, deren Bedeutung über den bevorstehenden Wahlkampf hinausgeht. Zulezt war es der Beschluss, mit dem die Kammer die Immunität der Abgeordneten preisgab. Ein Beschluss, der, wenn er sich in diesem Falle auch nur gegen Kommunisten richtete, so doch immerhin der Souveränität des Parlaments einen schweren Schlag versetzte. Er wurde gefasst von einer Kammer, die von einer „Linken Mehrheit“ beherrscht wird. Nie darf man vergessen, daß die gegenwärtige Regierung Poincaré getragen wird von der Kammer, die im Mai 1924 neugewählt wurde und mit einem „Block der Linken“ ihre Arbeit begann. Die Radikalsozialisten, eine Kleinbürgerlich-demokratische Partei, mit denen die Sozialisten diesen Block gebildet hatten, brachen in dem Augenblick aus, als im Parlament Entscheidungen heranzureifen, bei denen es um Klasseninteressen ging. Sie entschieden sich gegen den sozialistischen Plan der Finanzsanierung und Währungsstabilisierung und schwenkten mit fliegenden Fahnen unter Führung des „linken“ Ministerpräsidenten a. D. Herriot hinüber zu Poincaré. Ein neuer nationaler Block entstand, erweitert durch die Radikalsozialisten, die sich soviel auf die Niederlage des nationalen Blocks im Mai 1924 zugute gehalten hatten.

Seitdem regiert Herriot einträchtig mit Poincaré und dem Nebennationalisten Tardieu zusammen. Die in etwa 3 Monaten stattfindenden Kammerwahlen lassen die Radikalsozialisten ihrer Teilhaberschaft an dem Kabinett Poincaré nicht mehr froh werden. Mit Rücksicht auf gewisse Wählergruppen würden sie sich gern von der reaktionären Politik — äußerlich wenigstens — trennen. Aber Poincaré hält sie fest. Wenn es sein muß, stellt er in einer einzigen Kammerstunde die Waise die Vertrauensfrage, bei den Radikalsozialisten die Möglichkeit jeder Zweideutigkeit zu nehmen. Und ein Sturz Poincarés, dem die Bourgeoisie und ihre einflussreiche Presse die Finanzsanierung nachrühmt, den sie als Retter vor „sozialistischen Experimenten“ feiert, würde wieder von einem großen Teile der radikalsozialistischen Gesellschaft nicht gebilligt werden. So genügt in jedem Falle das Stellen der Vertrauensfrage, um die Radikalsozialisten „bei der Stange zu halten“.

Ihr Verhalten zeigt eindeutig genug, daß die Sozialisten Frankreichs sich in den politisch-parlamentarischen Kämpfen nicht auf sie stützen können. Selbst Léon Blums meisterhafte Rhetorik hat weder Herriot noch sonst einen erheblichen Teil der radikalsozialistischen Abgeordneten zur Abwehr des Angriffs Poincarés auf die Immunität bewegen können. Jetzt haben sie sich erneut der von Poincaré und dem „Voxisten“ Painlevé geführten Klassenfront der Bourgeoisie ergeben. Das Problem, um das es in diesem Falle geht, heißt Militarismus. Im Heeresauschuss der Kammer ist es zu einem Zwischenfall gekommen, weil er einen Beschluss fasste, nach dem die im Vorjahre beschlossene einjährige Dienstzeit bei den neu einzuziehenden Rekruten durchgeföhrt werden sollte. Painlevé, der Kriegsminister, erbot sich sehr über diesen Beschluss und kündigte an, daß die Regierung den schärfsten Kampf gegen ihn führen werde. Wohlverstanden: gegen die Durchführung einer gesetzlichen Bestimmung! Man mußte also erwarten, daß das Kabinett, wenn der Beschluss des Heeresauschusses im Plenum der Kammer zur Verhandlung kommen würde, erneut die Vertrauensfrage stellen würde. Diesen taktischen Zug zur Verwirklichung der militaristischen Pläne hat sie nicht mehr notwendig. Die Radikalsozialisten, mit deren Stimmen im Heeresauschuss der Beschluss gefasst wurde, sind schon vorher umgefallen! Eine Radio-Meldung des SPD aus Paris besagt:

Die Radikale Partei hat die Kompromißformel über die einjährige Dienstzeit, die das Jahr 1930 prinzipiell als Termin für die Einführung dieser Reform festgelegt, aber der Regierung gleichzeitig Vollmacht gibt, um trotzdem die einjährige Dienstzeit ausrechtzuhalten, bereits einstimmig genehmigt. Der Kriegsminister Painlevé hat sich seine Zustimmung noch vorbehalten, da er erst mit seinem Generalstab Fühlung nehmen will.

Die Kompromißformel könnte auch von deutschen Republikanern zusammengebraut sein. Sie gibt den Militaristen alles, was sie wollen — wie wir das ja oft genug in den vergangenen Jahren auch in Deutschland erlebt haben. Das Eingehen auf die Forderungen des Generalstabs lehrt, daß an die bevorstehenden Wahlen keine epochenmachenden Hoffnungen geknüpft werden dürfen. Selbst nach einem großartigen Siege der französischen Sozialisten werden die republikanischen Rechtsparteien mit den Radikalsozialisten noch hart genug sein, um eine sozialistische Politik, wenn die Kammerfraktion unserer französischen Genossen sie betreiben wollte, zu verhindern. Je stärker die Sozialisten werden, je inniger wird sich die Politik der Radikalsozialisten mit der der Bourgeoisparteien verschmelzen.

Ein sozialistischer Antrag

WB Paris, 18. Januar.

Zu Beginn der gestrigen Nachmittagsitzung der Kammer stellte bei Weiterberatung des Rekrutierungsgesetzes der sozialistische Abgeordnete Renaud den Antrag, daß es dem Parlament überlassen bleiben möge, anlässlich der Budgetberatung darüber zu beschließen, ob eine Einberufung der Reservisten alljährlich geboten sei. Gegen diesen Antrag wandte sich Kriegsminister Painlevé, der betonte, daß ohne Reservistenübungen die Sicherheit nicht gewährleistet werden könne. Er stellte gegen die Annahme des Antrags die Vertausungsfrage. Der Antrag wurde mit 355 gegen 180 Stimmen abgelehnt.

Die Krise in der Zentrumsparlei

Zagung der Zentralinstanzen

SPD Berlin, 18. Januar (Radio).

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstages tritt bereits heute zu der eigentlich für Donnerstag vorgesehenen Sitzung zusammen. Er wird sich außer mit der Frage der Nachfolgerschaft Gehlers u. a. mit der schweren Krise im Zentrumslager beschäftigen. Der Vorstand und der Reichsausschuss der Zentrumsparlei, die man zunächst überhaupt nicht zusammenerufen wollte, sind inzwischen zum 28. und 29. Januar zu einer Sitzung nach Berlin geladen worden.

Die von Imbusch geführte Rebellion der christlichen Bergarbeiter gegen Marx hat sich inzwischen zu einer Rebellion des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften gegen den Vorsitzenden der Zentrumsparlei ausgewachsen. Nach der Öffener Tagung vom Sonntag hat am Montag der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften unter dem Vorsitz von Stegerwald in Königswinter getagt und in seinen Beschlüssen keinen Zweifel darüber gelassen, daß Marx nicht mehr der Mann der christlichen Gewerkschaften ist.

Am sich veräppelten Stegerwald und Imbusch bisher in der Reichstagsfraktion des Zentrums nicht die gleiche Richtung. Stegerwald stand dem Bürgerblock zwar mit Vorbehalt, aber doch nicht gänzlich ablehnend gegenüber, während Imbusch schon seit Monaten einen scharfen Kampf gegen Marx und den Bürgerblock führt. Töne, wie sie von ihm in Essen angeschlagen wurden, sind für die Zentrumsfraktion nichts Neues. Erst Marx selbst hat es fertig gebracht, jetzt auch noch seinen einstigen Freund und Gönner Stegerwald an die Seite von Imbusch zu drängen und ihn geradezu zu zwingen, öffentlich gegen ihn Stellung zu nehmen. Diese offene Auseinandersetzung ist wohlüberlegt und gewollt. Sie ist andererseits gleichbedeutend mit einer schweren Krise der Zentrumsparlei. Es ist nun einmal so, daß die christlichen Gewerkschaften das Gros der Zentrumsfraktion stellen. Dieses Gros steht heute gegen Marx als Reichstagsminister und als Vorsitzenden des Zentrums. Seine tiefere Ursache hat dieser Zustand aber in der Bürgerblockpolitik, als dessen Repräsentant heute in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft aller Richtungen Marx gilt. Jetzt wollen auch die Zentrumsarbeiter nicht länger, wie Der Deutsche des

Herrn Stegerwald am Dienstag sagt, das Aischehrüdel spielen. Sie erkennen langsam, daß sich ihre Stellung im Zentrum in den letzten Jahren „erheblich zuungunsten der Arbeitnehmerschaft geändert hat“, trotz aller Versprechungen des Bürgerblocks und seines Führers Marx. Auch die katholische Geistlichkeit hat diese Einsicht nicht verhindern können, und so ist die Rebellion gegen den Vorsitzenden der Zentrumsparlei gleichbedeutend mit einer Rebellion gegen den Bürgerblock.

Die Meldung, daß der Reichstagsabgeordnete Stegerwald sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumsparlei niedergelegt hat, trifft nicht zu. Stegerwald ist nicht zweiter Vorsitzender der Gesamtparlei des Zentrums, sondern zweiter Vorsitzender der Reichstagsfraktion. Als solcher hat er den ersten Vorsitzenden Guérard auf schriftlichem Wege wissen lassen, daß er nicht geneigt ist, seine Funktionen weiter auszuüben, solange ihm in dem Streit mit Marx keine Rechtfertigung widerfährt.

Die Verhandlungen über das Schulgesetz

Angst vor der eigenen Courage

SPD Berlin, 18. Januar. (Radio).

Am Dienstag haben zwischen den Regierungsparteien wieder einmal interfraktionelle Besprechungen stattgefunden, und zwar nicht etwa über den immer noch zu erledigenden Streit um die Simultanschule, sondern um den längst angenommenen Paragraphen 16a. Dieser Paragraph ist auf Antrag der Volkspartei und Beschluß der Regierungskoalition erst nachträglich in den Schulgesetzentwurf eingefügt worden. Er bestimmt, daß ein Zusammenwirken zwischen Staatsbehörden und Religionsgesellschaften über den Religionsunterricht bestehen soll, wenn es bereits durchgesetzt oder durch Vereinbarungen festgesetzt ist. Inzwischen hat die Volkspartei vor ihrem eigenen Antrag Angst bekommen, denn er läuft praktisch auf eine reichsgesetzliche Anerkennung des bayerischen Konkordats hinaus. Als die Volkspartei, ohne es selbst gemerkt zu haben, darauf von sozialdemokratischer Seite aufmerksam gemacht wurde, fiel ihr das Herz in die Hose und sie ließ erklären, daß es ihr unter den gegebenen Umständen „leider unmöglich“ sei, den eigenen Antrag aufrechtzuerhalten oder dem eigenen Kind gar noch zuzukommen. Das Ende vom Lied waren neue interfraktionelle Besprechungen.

Skandale ohne Ende

SPD Paris, 17. Januar.

Die Skandale bei den französischen Heereslieferungen haben am Dienstag zu einem neuen Konflikt zwischen der Kammerkommission zur Kontrolle der staatlichen Lieferungen und dem Handelsminister Bokanowski geführt. Die Kommission hatte für Dienstag zwei Ingenieure des Handelsministeriums vorgeladen, um sie als Sachverständige über die Urzettelmäßigkeit, die bei dem Ankauf von Fallschirmen für die Luftschiffahrt vorgekommen sind, zu vernahmen. Die beiden Beamten haben dieser Vorladung jedoch nicht Folge geleistet, nachdem ihnen der Handelsminister die Bewilligung zur Ausfageleistung verweigert hatte. Die Kommission protestierte gegen dieses Vorgehen und beschloß, die Unterjudung der Fallschirmbetrieugeräten vor sich auszuführen und das Ergebnis so bald wie möglich bekanntzugeben.

Krieg gegen Eingeborene

WB Rom, 17. Januar.

Um die beiden libyschen Kolonien (Tripolis und Aynenaita) endgültig territorial miteinander zu verbinden, sowie um das Gebiet an der Großen Syrte vollständig zu besetzen und den letzten Widerstand der kriegerischen Koczharba-Stämme zu brechen, haben italienische Kolonialtruppen zwischen dem 8. und 14. Januar eine Reihe von Operationen ausgeführt, die sich zwischen Buerat und Hjun auf eine Strecke von 240 Kilometer ausdehnten. Den italienischen Truppen ist es gelungen, mehrere seit 1916 aufgegebenen Ortschaften wieder zu besetzen. Die Aufständischen wurden gezwungen, sich nach Süden in Richtung Costa Jalla in Unordnung zurückzuziehen; sie ließen auf dem Schlachtfeld 100 Tote, 400 Gefangene, 500 Gewehre, 20 000 Schafe, 8000 Kamel, 30 Zelte und viel Material zurück. Italienischerseits sind ein Unteroffizier und acht Eingeborene gefallen und vierzehn Mann verwundet. Das Gebiet an der Großen Syrte wurde ganz besetzt und durch Posten und fliegende Heeresabteilungen militärisch organisiert.

Der Waffenschmuggel nach Ungarn

SPD Prag, 18. Januar (Radio).

Die tschechischen Sozialdemokraten haben am Dienstag im Parlament über die an der österreichisch-ungarischen Grenze von österreichischen Beamten beschlagnahmten Waffenschmuggelungen eine Interpellation eingebracht, in der um Aufklärung über die Herkunft der Waffen ersucht wird. Der Vorfall beweihe übrigens, daß Ungarn systematisch geheim gegen seine Nachbarn rüste. Die Interpellanten verlangten schließlich Auskunft darüber, was die Regierung veranlaßt habe, damit die internationalen Organe, die mit der Kontrolle Ungarns beauftragt sind, die Einhaltung der Friedensverträge betraut sind, ihren Verpflichtungen nachkommen.

Der Wahlkampf in Hamburg

SPD Nachdem in Hamburg am letzten Donnerstag die Sozialdemokratie ihre Kandidatenliste zur neuen Bürgerstimmwahl am 9. Februar festgelegt hat — die alte Liste mit Bürgerstimmpräsident Kof als Spitzenkandidat wurde unverändert übernommen —, hat der Wahlkampf bereits eingesetzt. Sehr betrüblich ist man in allen Splittergruppen und -gruppen, die durch das Urteil des Staatsgerichtshofs neuen Antriebs erhalten haben. Sie möchten sich nun alle eine Sonderbewerberliste und so hören man, daß neben den großen Parteien auch die Aufwärtler, Mittelschichtler, linken Kommunisten, bürgerlichen Grundbesitzer, ja selbst Naturheilkundige sich mit der Absicht tragen, eigene Listen einzulegen.

Es ist also gut mit einem Duzend Listen für die neue Wahl zu rechnen. Der Sozialdemokratie wird dieser Aufmarsch der Statistopolitiker kaum etwas anhaben können, besorgt aber schauen die Rechtsparteien dem Spiele zu. Besonders den Deutschen Nationalen ist seit dem 9. Oktober gar nicht wohl. Ihnen sind die zahlreichen Wahlüberlegen bei den Wahlen in Hamburg und in anderen deutschen Ländern so in die Gilder gefahren, daß sie jetzt ernst bemüht sind, eine Einheitsfront mit den Volksparteilern herzustellen. Die beiden wildesten Männer der Hamburger Deutschnationalen, der Landesverbandsvorsitzende Dr. Lienau, der Reichsführer der Bismarck-Jugend H. D. Sieverting, helbes große Strelmannhalses, haben jetzt öffentlich in Wort und Schrift der Volkspartei ihre Freundschaft bekundet und ihr in aller Form das Angebot gemacht, Schulter an Schulter und unter Ausschaltung der gegenseitigen Bekämpfung „gegen den Marxismus“ in den Kampf zu ziehen. Der volksparteiliche Landesverbandsvorsitzende hat mit Genugtuung dieses Angebot begrüßt, um die Machtanprüche der Sozialdemokraten und Kommunisten zu schanden zu machen.

Der Sozialdemokratie kann diese offene Verbrüderung nur recht sein. Sie wird für die Arbeiterschaft ein weiterer Ansporn sein, am 18. Februar zu vollenden, was der 9. Oktober begonnen, den Rest bürgerlichen Einflusses so zurückzudrängen, daß die Volkspartei fernerehin von der Mitregierung ausgeschlossen wird.

Mazedonische Kampfmethoden

WB Belgrad, 17. Januar.

Heute nacht wurde auf das Militär-Wulvermagazin in Wladonowah von unbekanntem Täter ein Anschlag verübt. Auf den Wachtposten des Pulverdepots wurden Schüsse abgegeben, die ihn schwer verletzten. Eine Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Alfred Herze in Leipzig

Verantwortlich für den Verlagsenteil:

Hugo Seppand in Leipzig

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.



Also besser denn je,
das Vollkommenste was von einer 4,8 Cigarette
mit Recht verlangt werden kann, hier wird
es geboten in der **SULIMA CIGARETTE**

Deutschemeister 4,8

Leuna

Tausend Hämmer schwingen, tausend Kolben klingen
Im Maschinenraum rann das Blut —
Tausend Frische klingen, tausend Klaven zingen
Und das Feuer frißt der Seele Blut —

Tausend Pulse jagen, tausend Aktien tragen
Einen Hüllenbau aus Gift und Stahl —
Tausend Frauen jagen, tausend Opfer klagen,
Jeder von den tausend trägt ein Leunamal ...

Tausend Gelber stehen, — zwanzig Dampfen sprechen
Und der Schmierfleck ging von Hand zu Hand
Während sie die tausend hungern liegen ...
Und die Döhne drückten —, heißes Vaterland!
Kurt Kaiser, Blüh.

Vom komischen Militarismus

A. u. A.

„Erzengelprüfung“ im alten Oesterreich.
Hauptmänner, die „am Major stehen“, unterziehen sich ihr.
Die Alternative ist: Majorsrang oder Pensionierung.
Neun Zehntel aller Prüflinge sind von vornherein zum Durchfall bestimmt.
Es gibt viele Hauptmanns- und wenig Majorsstellen.
Nur „Erzengel“ reüssieren.
Ein neuer Prüfling tritt vor und erkennt sogleich sein unabweisbares Schicksal an den hochgezogenen Brauen des Generals, welcher sagt:
„Herr Hauptmann, Sie stehen mit Ihrem Bataillon auf einer Brücke. Links der reißende Fluß, rechts der reißende Fluß. Wenn ein feindliches Regiment, hinten eine feindliche Brigade. Herr Hauptmann, was machen Sie?“
„Erzengel, ich melde gehoramt, ich geh freiwillig in Pension.“

Nur nicht verblüffen lassen.

Nicht bloß Vor- und Zunamen — i wo — die gesamte Verwandtschaft seiner Rekruten sollte so'n gepflegter Leutnant bei der Befichtigung herbeiziehen können. Da sprach er denn also zu seinen Leuten:

„Merkt euch, wenn ich morgen dem Herrn Oberst sage, der Mann hat drei Schwestern, dann hat der Mann drei Schwestern — verstanden!“

Befichtigung.
„Haben Sie auch Bilder unter Ihren Leuten?“ wollte der Herr Oberst wissen.
Was ein Vorgesetzter wünscht, kann er haben.

Zu Befehl!
Der Leutnant winkt zwei beliebigen Leuten vorzutreten.
„Wie heißen Sie?“
„Schöb, Herr O—rkt!“

„Wie alt sind Sie?“
„21 Jahre, Herr O—rkt!“
„Der andere! Wie alt sind Sie?“
„21 Jahre, Herr O—rkt!“
„So so — wie heißen Sie?“

„Schöb ... Schöb ... hig, Herr O—rkt“, stammelte der.
Hilf auf den Leutnant.
„Schöderbar! Reicht Spur, neist Aehnlichkeit — bödel“ Brüber,
„Jogar Zwillinge ...“
„Stiefzwillinge, Herr Oberst!“

Der Held.

Das war an der nordafrikanischen Küste, da schlugen sich die Soldaten Russlands mit den Eingeborenen herum, die die Unverschiedenheit hatten, ihr Vaterland zu verteidigen. Im Schlüßengraben vor dem Sturmangriff. Die Truppe jagert.

Da rückt ein junger Offizier den Sturmhelm fester, klettert die kleine Holzleiter empor und stürzt mit geschwungenem Säbel auf den Feind. „Avanti!“

Er läuft etwa hundert Meter, dann dreht er sich um ... Er ist ganz allein. Seine Kompanie ist im Schlüßengraben verblieben. Kopfe werden sichtbar ... Und er hört ein hundertfaches Händelaffen:

„Bravo, Capitano, bravo, bravo —!“

Der gutmütige 1. Offizier.

Er war so gutmütig, daß er nicht gern bestrafte, sondern lieber schänkte.
Einmal fand ein junger Leutnant zum Rapport, der einen Befehl nicht ausgeführt hatte.

„Warum hast du Limmel den Befehl nicht ausgeführt?“
Schlüssend kommt die Antwort:
„Ich hatte es wirklich ganz vergessen, Herr Kapitän.“
„So, du hattest es vergessen. Dann will ich dir mal was sagen: Wer so laudämlich ist wie du, daß er alles immer gleich vergißt, der muß sich so was gefälligst ausdenken. Ich zum Beispiel mache mir immer Notizen.“

Aktuelle politische Dokumente

Erstklassige politische Urteilsbildung kann sich nur auf unmittelbare Zeugnisse stützen, die den Sinn des Geschehens und die Absicht der Handelnden hervorheben lassen. Das Wissen um den Wert einer dokumentarischen Fundierung für das politische und geschichtliche Erkennen fand Antrieb und Bekräftigung in dem ganz einzigartigen und überall freudig begrüßten Urkundenband, den das Hamburgische Institut für Auswärtige Politik in Verbindung mit dem bekannten Handbuch der Politik (Verlag Dr. Walter Rothschild, Berlin-Grünwald) bearbeitet hat. Die im gleichen Verlag erscheinenden „Europäischen Gespräche“ bemühen sich erfolgreich, durch laufende Veröffentlichung der wichtigsten Gegenwartsdokumente, die die außenpolitische Entwicklung der Staaten und Völker charakteristisch beleuchten, das Interesse an der politischen Urkunde wachzuhalten und ständig zu beleben. Das Jahrbuch ist geradezu ein Magazin aktueller Dokumente von allen Ecken der Welt. Es bringt als Beleg für den weltpolitischen Kurs, den Sowjetrußland heute feuert, Litwinows Drüstungsanschlag, der beziehungsweise in 14 Punkte gefaßt, in Genf nicht eben mit Behagen von den Westmächten vernommen wurde, sowie den russisch-persischen Garanties- und Neutralitätspakt, der Moskaus Stellung zu Genf von einer ganz anderen Seite her höchst eindrucksvoll verdeutlicht; ferner als bedeutsamen Niederschlag der an die Balkanfronten der Vorkriegszeit gemahrenden diplomatischen Machtkämpfe im Südosten Europas sowohl den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag, als auch den Text der italienisch-äthiopischen Defensivallianz zusammen mit der offiziellen Begründung durch die Träger des Faschismus, und als symptomatisches Zeichen für die Lage des Empires das Memorandum Lord Paddens über Englands Stellung zum obligatorischen internationalen Schiedsverfahren; über wichtige Probleme der amerikanisch-politischen Welt informiert der in Deutschland bisher völlig unbeachtete Thompson-Bericht an Präsident Coolidge über die Unmöglichkeit einer Autonomie für Philippinen, ein Dokument von seltenem Illustrationswert für die Zusammenhänge von Rohstoffwirtschaft und Imperialisismus.

Der Wahlkonflikt bei der Reichsbahn

Noch macht Schule
Gewaltmethoden der Reichsbahn-Verwaltung

SD Der von dem deutschen Reichsverkehrsminister Dr. h. c. Koch bei der Reichsbahn heraufbeschworene Konflikt hat jetzt durch das Eingreifen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft (DRG) eine bedeutende Verschärfung erfahren. Die Gewalttätigkeiten der Reichsbahn haben einen vorzeitigen ungeheuren Wahltermin erzwungen und zu diesem Zweck gegen den Hauptwahlvorstand ungeheuerliche Mittel angewandt.
Der vom Hauptbetriebsrat bestellte Wahlvorstand hatte, der von ihm vertretenen Rechtsauffassung entsprechend, in seinem Wahlauschreiben den 10. Mai 1928 als Wahltermin festgesetzt. Dieser Wahltermin paßte den maßgebenden Herren der Reichsbahnverwaltung und den von ihnen geschätzten christlichen und Hirsch-Dunderschen Eisenbahnerorganisationen nicht. Sie hielten hartnäcklich an der von Koch in ungeheurer Weise bestimmten Wahlzeit fest. Anstatt den im Betriebsratgesetz vorgesehenen Rechtsweg einzuschlagen, hat die Hauptverwaltung der DRG dann unter rücksichtsloser Ausnutzung ihrer Machtstellung den Hauptwahlvorstand gezwungen, einen ihr genehmen Wahltermin festzusetzen. Als Wahltermin wurde der 25. Februar 1928 bestimmt. Der Hauptwahlvorstand hat gleichzeitig einstimmig folgenden Protest beschlossen:

„Der Hauptwahlvorstand nimmt davon Kenntnis, daß die Hauptverwaltung der DRG die Veröffentlichung des Wahlauschreibens vom 8. Januar 1928 verweigert und die Einsetzung eines neuen Wahlvorstandes angedroht hat. Zu diesem Vorhaben fehlt jede gesetzliche Grundlage. Der Hauptwahlvorstand ist in der Sitzung des Hauptbetriebsrats vom 8. Januar 1928 ordnungsgemäß gewählt worden. Er hat die ihm übertragenen gesetzlichen Pflichten unverzüglich wahrgenommen. Der gesetzliche vorgesehene Weg der Entscheidung von Streitfragen ist von der Hauptverwaltung der DRG nicht beschritten worden; sie hat stattdessen die Ausnutzung ihrer Machtstellung als Arbeitgeber angedroht. Ungeachtet dieser Maßnahmen hat der Hauptwahlvorstand ein neues Wahlauschreiben nach den Forderungen der DRG erlassen; er behält sich jedoch vor, weitere Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, den gesetzlichen Zustand wieder herzustellen. Gegen das Vorgehen der Hauptverwaltung legen wir hiermit schärfsten Protest ein.“

Es muß hinzugefügt werden, daß sich das Vorgehen der Reichsbahn-Gesellschaft mit der Forderung der christlichen und Hirsch-Dunderschen Eisenbahnerorganisationen deckt. Die Schwarz-Blauen schämen sich nicht, Nutznießer einer ungeheuerlichen und rücksichtslosen Unternehmung zu sein. Nur der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat sich als unerschrockener Hüter und Schützer der Arbeiterrechte und des Betriebsratwesens erwiesen. Er wird schließlich auch dafür sorgen, daß diesen Gewaltdemethoden energig Einhalt geboten wird und die schwarz-

blauen Bundesbrüder in ihre Schranken verwiesen werden. Die Betriebsräte und Funktionäre des Einheitsverbandes müssen durch eifrige Wahlarbeit dafür sorgen, daß die Bäume der Schwarz-Blauen nicht in den Himmel wachsen. Es gilt, sofort alle Wahlvorbereitungen zu treffen, um den Liebhabern der Reichsbahn-Gesellschaft eine deutliche Antwort der Wähler für ihr charakterloses Verhalten zu geben. Der Wahlkampf ist eröffnet, er muß mit aller Schärfe geführt werden unter der Parole:
„Für den Einheitsverband gegen alle Feinde der Eisenbahner.“

Der reingefallene Koch
Arbeitsgericht gegen Reichsbahn

SD Ueber ein vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands gegen die ungeheuerliche Verordnung des deutschen Reichsverkehrsministers Dr. Koch zur Abänderung der Betriebsratsverordnung im Bereich der Reichsbahn-Gesellschaft angereichte Klage hat am Dienstag das Berliner Arbeitsgericht entschieden. Der Einheitsverband hat recht behalten mit seiner Auffassung, daß die Verordnung des Reichsverkehrsministers, mit deren Hilfe die Wahlzeit der Betriebsratswahlen bei der Reichsbahn vom 15. Mai auf den 25. Februar verlegt und damit die Amtsperiode der auf ein Jahr gewählten Betriebsratsmitglieder um drei Monate gekürzt wird, ungesetzlich ist. Das Gericht hat erklärt, daß mit der Verordnung die Rechtssicherheit gefährdet wird.

Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, die den vom Reichsverkehrsminister heraufbeschworenen Konflikt ganz unnötigerweise noch verschärft hat, hätte besser getan, zunächst einmal die Entscheidung des Arbeitsgerichts abzuwarten, bevor sie die Presse mit allerhand Rechtfertigungsschreibern bombardiert. Die Reichsbahn-Gesellschaft hat an der von Koch in ungeheurer Weise bestimmten Wahlzeit selbstgehalten und unter Ausnutzung ihrer Machtstellung den Hauptwahlvorstand gezwungen, einen ihr genehmen Wahltermin festzusetzen. Es ist einfach unverständlich, wie sie in ihrem an die Presse gegebenen Rechtsschreiben vom 12. Januar zu der Behauptung kommen konnten, daß der vom Hauptbetriebsrat gewählte Wahlvorstand schließlich „von sich aus“ der Hauptverwaltung ein neues Wahlauschreiben vorgelegt habe, das die Wahl auf den 25. Februar dieses Jahres festsetzt. Nicht von sich aus, sondern unter der Drohung mit der Einsetzung eines neuen Hauptwahlvorstandes durch die Verwaltung ist der Wahltermin vom 25. Februar erzwungen worden.

Man darf nun darauf gespannt sein, ob auch nach der Entscheidung des Arbeitsgerichts Reichsverkehrsminister und Reichsbahn-Gesellschaft bei ihren mehr als sonderbaren Methoden gegenüber dem Einheitsverband verharren. Der Einheitsverband läßt seine Funktionäre und Betriebsräte jedenfalls auffordern, die Wahlvorbereitungen auf alle Fälle vorläufig weiterzuführen und weitere Weisungen des Vorstandes abzuwarten.

Der mitteldeutsche Streit
Verlegt Verhandlungen

SD Die Verhandlungen über den Konflikt in der mitteldeutschen Metallindustrie, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium haben, gestallten sich überaus schwierig. In später Abendstunden wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vormittag verlegt. Der Verhandlungsführer machte den Vorschlag, über das bisherige Ergebnis der Verhandlungen einweilen der Presse noch keine Mitteilungen zu machen, um nicht neue Schwierigkeiten zu schaffen. Diesem Vorschlag des Verhandlungsführers haben sich, wie verlautet, die Parteien angeschlossen.

Der IGB in Berlin

SD Auf der Berliner Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dessen Ausschuh am Dienstag zu seiner diesjährigen ordentlichen Sitzung zusammentrat, sind folgende Länder vertreten: Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich, Palästina, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei und Ungarn; dazu kommen die Vertreter der Berufssekretariate.

Der Ausschuh beschloß zunächst Reorganisationsfragen. Ihre Klärung soll eine Kommission von 7 Mitgliedern vorbereiten. Saldnach hat sich bereit erklärt, den Posten des Generalsekretärs so lange weiterzuverwalten, bis ein Nachfolger gefunden ist. Die Ernennung eines Hilfssekretärs wurde bis zur nächsten Ausschuhung verlegt. Als Kandidat für den IGB haben die Engländer Brüssel vorgeschlagen.

Die Tagung beschäftigte sich hiermit mit der besseren Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenzen. Der Ausschuh ist der einstimmigen Auffassung, daß die Arbeit in Genf in Zukunft intensiver vorbereitet werden muß. Im übrigen soll die bis jetzt gehandhabte erfolgreiche Taktik unter größtmöglicher Berücksichtigung der von den Exekutivinstanzen des IGB ausgearbeiteten Richtlinien beibehalten werden. Als Nachfolger Dubogests im Internationalen Arbeitsamt schlägt Hueser-Wien Mertens-Belgien vor. Dieser Vorschlag wird auch von anderer Seite unterstützt.

Im übrigen fragte Hueser darüber, daß die deutsche Sprache bis jetzt noch immer nicht in Genf als Amtssprache eingeführt ist. Mit bemerkenswerter Wärme und Energie setzte sich der Vertreter der Textilarbeiter-Internationale, Tom Shaw, für die Annahme der deutschen Sprache als offizielle Verhandlungssprache auf den Internationalen Arbeitskonferenzen ein. Im Anschluß an die Ausführungen Tom Shaws wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Ausschuh dafür eintritt, daß die deutsche Sprache sowohl bei den internationalen Arbeitskonferenzen wie bei den Publikationen des Internationalen Arbeitsamtes zur offiziellen Sprache erhoben wird.

Kaufmännische Jugendzeitschrift

Die erste Nummer des Jahrgangs 1928 der Jugendblätter des Zentralverbands der Angestellten enthält mehrere Abhandlungen über das zu Pfingsten dieses Jahres in Frankfurt a. M. stattfindende Reichstreffen der im IGV organisierten Angestelltenjugend. Von dem übrigen Inhalt der Jugendblätter wäre im besonderen der in der vorliegenden Nummer beginnende Aufsatz über „Handelsrecht“ zu erwähnen. Die bisherige berufliche Bildungsarbeit des IGV, die durch die Jugendblätter eine wesentliche Förderung erfahren hat, wird in geeigneter Weise durch diesen Aufsatz fortgesetzt. Der Kalender der Technik, die üblichen Berichte über durchgeführte Veranstaltungen der Jugendgruppen, die Schach- und Kattelspiele, beschließen den vielseitigen abwechslungsreichen Inhalt der Jugendblätter. Die Jugendmitglieder des IGV erhalten die Jugendblätter kostenlos zugestellt. Der Bezugspreis durch die Post beträgt vierteljährlich 15 Pfg. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen.

Betriebsräte bei Kronprinzens
Auf die Straße mit den Widerpenigen!

Einem frechen Vorstoß gegen die Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes hat sich die Gutsverwaltung des dem ehemaligen Kronprinzen von Preußen gehörigen Gutes Ludwigsdorf (Kreis Oels) zuwenden kommen lassen. Das Gut gehörte bis zum September vorigen Jahres zu jenen zahlreichen schließlichen Gütern, wo von der Existenz eines Betriebsrats nichts zu merken war. Der Grund dafür ist in dem Widerstand zu suchen, den die Gutsverwaltung der Errichtung eines Betriebsrats entgegengekehrt hat. Die Dinge spitzten sich schließlich derart zu, daß es der Vermittlung des Landrats bedurfte, um die Gutsverwaltung zum Nachgeben zu bewegen. Trotzdem lehnte sie die Mitwirkung bei der Bestellung des Wahlvorstandes ab. Darauf ist die Belegschaft von sich aus zusammengetreten und hat die drei ältesten Arbeiter zum Wahlvorstand ernannt. Einer von den drei Arbeitern war 24 Jahre auf dem Gute tätig, der zweite 18 Jahre. Am Tage nach der Belegschaftsversammlung erhielten die zum Wahlvorstand gewählten Arbeiter die Entlassung. Ebenso wurde dem Leiter der Belegschaftsversammlung die Entlassung zugestelt.

Einer der Entlassenen machte auf dem Wege über den zuständigen Angestellten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes bei dem Arbeitsgericht eine Klage auf Wiedereinstellung anhängig. Die entsprechenden Verhandlungen fanden vor einigen Tagen statt. Wie nicht anders zu erwarten war, verurteilte der Vertreter der Gutsverwaltung dem Arbeitsgericht einzutreten, daß nicht die Uebernahme des Amtes eines Wahlvorstandsmitgliedes, sondern ausgesprochene Willkür die Gründe der Grund zur Entlassung sind. Erfreulicherweise ließ sich das Arbeitsgericht von diesen Ausflüchten nicht beeinflussen. Es entschied vielmehr dahin, daß die dem Kläger gegenüber ausgesprochene Willkür unanfechtbar ist. Die Belegschaft der gefürchteten Arbeiter an dem Wahlvorstand sei gewiß kein bloßer Zufall, um so mehr, als der Gutsverwaltung die Betriebsratswahl unerwünscht kam. Es sei ihr hvm. dem Inspektor anzuvertrauen, daß er die Wahl verwickeln, nämlich die Belegschaft von der Durchführung abreden wolle.

Die gesetzgebenden Körperschaften können angeichts der betriebsratsfeindlichen Einstellung der landwirtschaftlichen Unternehmer nicht umhin, sich sehr eingehend über die Verschärfung derjenigen Bestimmungen des Betriebsratsgesetzes zu unterhalten, die den Schutz der Betriebsratsmitglieder vorsehen.

Die Akkordlöhne in der Textilindustrie

SD Zur Neuregelung der Akkordlohnfrage in der Textilindustrie finden am 16. Februar im Reichsarbeitsministerium Besprechungen zwischen den Gewerkschaften, Unternehmerorganisationen und Regierungsstellen statt. Diese Besprechungen sind eine Folge des Protestes des Deutschen Textilarbeiterverbandes gegen das Vorgehen vieler Textilindustrieller bei den Akkordlohnregelungen, durch die in der Textilindustrie das ganze Schlichtungsverfahren bereits stark in Miskredit gebracht worden ist.

Tarifbewegungen für die Angestellten.

Vom Zentralverband der Angestellten in Leipzig wird uns mitgeteilt:
Metallindustrie: Fortsetzung der Gehaltsverhandlungen am 19. Januar.
Buchhandel: Fortsetzung der Verhandlungen beim Schlichtungsausschuh am 20. Januar.
Eilengroßhandel: Erstmalige Gehaltsverhandlungen am 18. Januar.

Zolldebatte im Landtag

Die Reichsbahn am Pranger

36. Sitzung, Dienstag, 17. Januar 1928.

Der Landtag nahm am Dienstag nach der Weihnachtspause seine Arbeiten wieder auf. Nach langer Zeit leitete der Präsident Genosse Schwarz wieder die Verhandlungen. Einleitend kam es zu einer mehrstündigen

Zolldebatte.

Ein kommunistischer Antrag, schon vor Monaten eingebracht, verlangte, die Regierung solle bei Reichsregierung und Reichstag die Beseitigung aller Zölle auf Lebensmittel und Massenkonsumartikel fordern und im Falle der Ablehnung Einspruch erheben. Und in einem Antrag Arzt und Genossen vom 21. Juni 1927 wurde Einspruch gegen jede weitere Zollerhöhung und Abbau der bestehenden Zölle gefordert. Der Haushaltsausschuss B empfahl jetzt die Annahme beider Anträge.

In Verbindung damit kam nunmehr auch endlich ein Antrag der Demokraten vom 6. Juli 1927 (!) zur Verhandlung, der sich ebenfalls gegen die Erhöhung der Lebenszölle wendet.

Eine sozialdemokratische Anfrage verweist darauf, daß im Reichsrat am 17. November 1927 durch eine Mehrheit von drei Stimmen bei der Beratung des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrags eine Erhöhung des Zolls auf Industriemais von 3,20 Mk. auf 5 Mk. und eine Senkung des Zolls auf Futtermais von 3,20 Mk. auf 2,50 Mk. beschlossen worden ist.

Die Vertreter des Freistaates Sachsen gaben bei der Abstimmung den Ausschlag. Sie stimmten für die Zollerhöhung, obwohl ihnen bekannt sein mußte, daß die Industrie, die Mais zu Nahrungsmitteln verarbeitet, die erhöhten Zölle auf die Verbraucher abwälzt und daß dadurch wieder eine Belastung der breiten Massen herbeigeführt wird. Es wird deshalb gefragt, ob die Vertreter der sächsischen Regierung im Reichsrat angewiesen worden sind, für die Zollerhöhung zu stimmen, und wenn ja, wie man eine solche Stellungnahme gegenüber den breitesten Verbraucherschichten rechtfertigen will.

Der deutschnationale Innenminister Dr. Krug v. Nidda verlas eine lange Erklärung, in der betont wurde, daß die Anträge zum Teil durch die inzwischen erfolgten Reichstagsbeschlüsse überholt seien, im übrigen aber die Stellungnahme der sächsischen Regierung dargelegt wurde. Danach hat die Reichsregierung auch die Kartoffelerhöhung für bedenklich gehalten, dagegen für die Zollerhöhung für Schweinefleisch und Zucker gestimmt. Es wird aber behauptet, daß die Zollerhöhungen keine Preis-erhöhungen zur Folge gehabt haben, im Gegenteil wären sogar Preisenkungen zu beobachten gewesen. Zur sozialdemokratischen Anfrage über den Maiszoll sagte der Minister, daß sich die sächsische Regierung dem Standpunkt des Reichsernährungsministers angeschlossen hat. Der Minister verteidigte die Zölle im Interesse der Landwirtschaft und der Verbraucherschaft und ersuchte um Ablehnung der vorliegenden Anträge.

Genosse Böbel

Genosse Böbel mit Recht den Antrag der Demokraten als eine Täuschung der Wählerschaft, denn würde hinter ihm ein politisches Wollen, würden die Demokraten nicht dulden, daß ihre Anträge, die sie hier im Hause stellen, von der Regierung rücksichtslos beiseite geschoben werden, würden sie überhaupt nicht in dieser Regierung sitzen und dadurch erst den Bestand der Selbst-Koalition ermöglichen. Diese zwiespältige Haltung der Demokraten ist aber nicht neu, sie hat sich schon wiederholt, besonders bei den Beratungen über die Todesstrafe, offenbart. Wenn sie nur wollten, so können sie die Regierung zur Beachtung der Landtagsbeschlüsse zwingen. Das fällt ihnen aber nicht ein, weil es dann mit der Herrlichkeit des Bürgerblatts in Sachsen zu Ende wäre. Diese erbärmliche Politik der Demokraten wird zum völligen Zusammenbruch dieser Partei führen. — Böbel verfiel auch über reichhaltiges amtliches Zustimmungsprotokoll über das Urtischweissen der Lebensmittelpreise unter der Herrschaft des Bürgerblatts, das die Behauptungen des Wirtschaftsministers, die Zollerhöhungen wären ohne Einfluß auf die Preise geblieben, lägen straße. Die Zollpolitik, die in Deutschland getrieben wird, steht in schroffem Widerspruch mit den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz. Böbel betonte, daß es sich bei der Maiszollerhöhung um den Konkurrenzkampf zweier Industrien handelt, an dessen Ausgang der deutschnationale Reichsminister Schiele als Ausschütter einer der beiden Industriefirmen persönlich stark interessiert ist. Unser Redner ließ aber auch keinen Zweifel darüber, daß, wenn die Sozialdemokratie die Mehrheit hätte, Sachsen Vertreter den Auftrag erhalten würde, im Reichsrat die Wucherpolitik der Reichsregierung nicht mitzumachen, sondern sie abzulehnen.

Die weitere Aussprache erfolgte vor fast leerem Hause. Der kommunistische Antrag erzielte seine Hauptaufgabe darin, sich wieder einmal an den bösen Sojuz zu reiben, während der deutschnationale Bergwerksdirektor Dr. Stardt in einer langen Rede sich abmühte, den Nachweis zu führen, daß ein starker Zollsatz unentbehrlich ist. Der sozialdemokratische Unternehmerbund hat auch für einen vernünftigen Zollsatz, ohne den die deutsche Arbeit auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig wäre.

Endlich kam man zur Abstimmung. Durch eine Zufallsmehrheit gelangten die Anträge mit den Stimmen der Linken zur Annahme.

Es folgten mehrere Anträge und Anfragen, die Eisenbahnangelegenheiten betrafen. Ein Antrag Schmidt und Genossen (D. Bp.) gegen die Aufstellung von Warenautomaten in Eisenbahnwagen, der stark nach Mittelstandsretterei sucht, ist vom Haushaltsausschuss B abgelehnt worden. Ein neuerer Antrag der Volksparteier erstrebt den Bau einer Eisenbahnlinie Adorf—Hof zwecks Erzielung einer günstigen Verbindung zwischen dem Erzgebirge und dem oberen Vogtlande und Bayern. Ein anderer Antrag der Volksparteier setzte sich für die Wiederaufnahme des Bahnbaues Leipzig—Leuna—Merseburg ein. Beide Eisenbahnwünsche haben nach den vorliegenden Regierungsverpflichtungen keine Aussicht auf Verwirklichung in absehbarer Zeit.

Gesicht über die Reichsbahn

Die Demokraten interpellierten wegen der Störungen und Störungen im Eisenbahnverkehr Sachsens vor Weihnachten.

Dr. Kaffner, der Syndikus des sächsischen Einzelhandelsverbandes betonte, daß man damals einen völligen Zusammenbruch des Personen- und Güterverkehrs feststellen mußte. Von Organi-

Sonntag, den 22. Januar, im Neuen Theater

Morgensfeier der Jugend

Aufgeführt wird der Sprechchor von Bruno Schönant

Der gespaltene Mensch

Die Feier wird umrahmt von Liedern des Jugendchors unter Leitung des Genossen Dida m. — Beginn der Feier 11 Uhr. Eintrittskarten zu 1 Mark, 00 und 30 Pfennig. Sozialistische Arbeiter-Jugend.

tion und Organisationsfähigkeit der Reichsbahn sei nichts zu prüfen gewesen. Ganz unerhört sei es, wenn man dem Personal die Schuld zuzuschreiben versuche. Die Reichsbahn habe als Monopol besondere Verpflichtungen, deren Erfüllung mit aller Schärfe gefordert werden müsse.

Genosse Raupf: Schon die Wirtschaftsorganisationen haben betont, daß an den Dingen lediglich der Personal mangel schuld, und daß die Reichsbahnverwaltung den Verhältnissen nicht gewachsen gewesen ist. Vor allem muß der Dresdner Verwaltung der Vorwurf gemacht werden, daß sie den rigorosen Abbaumaßnahmen der Berliner Zentrale nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten ist. Raupf unterzog bei dieser Gelegenheit die sächsischen Verkehrsverhältnisse überhaupt einer vernünftigen Kritik, wobei er besonders auf die unhaltbaren Zustände auf der Hauptstrecke Dresden—Chemnitz—Reichenbach verwies und dabei die mickrigen Bahnhofsverhältnisse in Pössa, Chemnitz, Glauchau, Zwickau und Plauen hervorhob. Der Zwickauer Bahnhof sei das größte Verkehrshindernis in ganz Deutschland. Hinzu komme die mangelhafte Beschaffenheit des gesamten Oberbaues dieser Bahnstrecke. Raupf geißelte dann, sich auf amtliches Material stützend, die Dienstauvervorschriften, durch die dem Personal eine unerhört längere Arbeitszeit zugemutet wird, und die vielfach völlig unzulänglichen Betriebsverhältnisse als die wahren Ursachen der regelmäßigen Zugverzögerungen. Auch die Handelsminister Plauen hat im Jahresbericht festgestellt, daß nicht höhere Gewalten, sondern schwere Organisationsfehler der Reichsbahnverwaltung vorgelegen haben. Jedenfalls hat die Arbeiterkammer ihre Pflicht voll und ganz getan. Raupf zeigte dann noch, daß Sachsen von der Reichsbahn schon immer als Stiefkind behandelt worden ist und machte auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die entstehen können, wenn nach Ablauf des Tarifs für die Reichsbahnarbeiter infolge mangelnden Entgeltkommens der Verwaltung die Eisenbahner in den Zustand treten müßten.

Ministerialdirektor Dr. Mittel verlas ein längeres Schreiben der Reichsbahndirektion, in dem die Verkehrskatastrophe auf die Naturgewalten, denen gegenüber menschliche Kräfte und Einrichtungen einfach machtlos gewesen seien, zurückgeführt, aber nicht gelagert wird, was sie zu tun gedenkt, um die vorhandenen Mängel zu beseitigen. Das Wirtschaftsministerium will deshalb nochmals bei der Reichsbahn vorstellig werden.

Es kam darüber noch zu einer längeren Aussprache, in der sich Genosse Hartig für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse des oberen Vogtlandes und besonders für den Bau der Eisenbahnlinie Adorf—Hof energisch einsetzte.

Ein kommunistischer Antrag forderte, die Verpachtung der Klosterruinen an Privatunternehmer zu lösen und die Klosterruinen dem Publikum unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Die nächste Sitzung des Landtages findet Donnerstag, den 19. Januar 1928, statt.

Rundfunkprogramm

Leipzig.

Donnerstag, den 19. Januar. Unterhaltung und Belehrung. 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11,45 Uhr: Wetterbericht und Voraussage (Deutsch und Esperanto), Schneebilder und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Mittagsmusik auf der Haupt-Tripophonola. 12,55 Uhr: Räucherzeitungen. 13,15 Uhr: Presse- und Börsenbericht. 16,30—18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Aguntz. 18,05—18,20 Uhr: Aufwertungsrundfunk. 18,20—18,30 Uhr: Sozialversicherungs-Rundfunk (Invaliden-, Kranken-, Angestellten-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung). 18,30 bis 18,55 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. G. v. Esjeren und C. M. Kiffert: Spanisch für Fortgeschrittene. 19—19,30 Uhr: Vortragsreihe: Geschichte des Romans und der Novelle. 17. Vortrag, Prof. Dr. Georg Witkowski von der Leipziger Universität: „Der Weltanschauungsroman.“ 19,30—20 Uhr: Dr. Ernst Vogt: „Der Impressionismus in der französischen Musik.“ 20 Uhr: Weltvorausgabe, Schneebilder und Zeitangabe. 20,15 Uhr: Sinfoniekonzert. Französische Impressionisten. Dirigent: Alfred Gendrei. Solistin: Denyse Rolle-Paris (Klavier). Orchester: Das Leipziger Sinfonieorchester und das Leipziger Rundfunkorchester. 1. Vincent d'Indy: Der verzauberte Wald, Sinfonische Legende, Op. 8. (Nach der Ballade „Harald“ von Uhland.) 2. Claude Debussy: Fantaisie für Klavier und Orchester. 1. Andante ma non troppo. — 2. Lento e molto espresso. Anschließend 3. Allegro molto, Denyse Rolle. 3. Maurice Ravel: Spanische Rhapsodie (zum erstenmal): 1. Vorspiel in der Nacht. — 2. Malaguena. 3. Habanera. — 4. Perla. 4. Paul Dufay: Der Zauberlehrling. Scherzo für großes Orchester (nach dem Goetheschen Gedicht). 22 Uhr: Funkpranger. 22,05 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 22,30 Uhr: Funkfille.

Berufungskalender

Mittwoch, 18. Januar 1928.

Rundf. Freiberger, Bezirksfunktionäre, Volkshaus, 19,30 Uhr. Zement- und Kunststein-Industrie, Volkshaus, 19 Uhr. Bau- und Möbelhändler (Delegierte und Betriebsräte), Volkshaus, 17 Uhr. Klempner (Vertrauensmänner und Generalversammlungsvertreter), Volkshaus, 20 Uhr.

Donnerstag, 19. Januar 1928.

Maschinenarbeiter, Volkshaus, 16,30 Uhr.

Noch ein rätselhafter Brief!

In dieser Woche lies wieder ein Brief ein. Wer ist das Rätsel?

... Sie haben ja das, was Sie sich — für's neue Jahr — so bestimmt vorgenommen hatten, immer noch nicht getan!!

Nur wird der Briefschreiber dringlicher:

Trotzdem Sie ganz genau wissen, wie wichtig das für Ihre Gesundheit ist!

Was soll man nun gar von dem sonderbaren Schlußsatz halten?

Vielleicht denken Sie aber auch wohl an Ihren Geldbeutel, um den geht's natürlich auch!!
Also bitte...!!!

Die Geburtsstunde des Friedens

Roman von Henry Pontaille.

Copyright by Paul Zolnay Verlag, Wien.

Die alte Bäuerin starrte ihn stumpfsinnig an. Es fiel ihr nicht einmal ein, ihm einen Stuhl anzubieten. Sie fürchtete sich zu sprechen, ihre Stimme hätte geizigt. So blieb sie, die Hand auf dem Türring, magte nicht zuzumachen, noch sich zu rühren, unbeholfen, mit kurzem Atem.

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

Seine Stimme bohrte sich in das feindliche Schweigen. Die Alte war hochgefahren.

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

„Wo ist Maria?“ fragte er noch einmal, ganz außer sich. Und da sie noch immer schweigend, so wie Donnerwetter!

die Gesichtszüge waren verzerrt von Müdigkeit und Schmerz. Er stieß ihr wahrhaftig Furcht ein wie ein losgelassener Teufel.

„Wie der Leibhaftige sieht er aus“, dachte sie und bekreuzigte sich rasch.

Wütlich hatte sie doch einen Entschluß gefaßt. Sie legte die Hand auf den Tisch, und ehe er noch Zeit gehabt, zu verstehen, wo sie hinaus wollte, verließ ihr das Entsetzen vierfache Kraft — es war ein großer, schwerer, schwarzer Tisch, oh wie schwer er war! — aber es gelang ihr doch, ihn zu rücken, ja, mehr als das, es gelang ihr, ihn herumzubringen, sie stieß aus allen ihren Kräften, und Buteau stand eingeklinkt, am anderen Ende des großen Raumes, hineingepreßt in einen kleinen Winkel, zwischen dem Büfett, dem Badtrog und dem kleinen Anrichtentisch.

So war es ihr gelungen, den Ausgang zu erreichen, und die Tür hatte sich wieder geöffnet. Draußen war sie und heftig schlug sie die Tür hinter sich zu und ließ ihren Schwiegersohn einen Augenblick verblüfft zurück über so viel Selbstgegenwart, die sie, die Greisin, bewiesen hatte.

„Alles klar... Mutter und Tochter, dieselben Dresdenluder“, fluchte er.

Zu gleicher Zeit, wie als Antwort auf das heftige Zuschlagen der Tür, gab es einen furchtbaren Lärm.

Buteau hatte mit einem Ruck den schweren Tisch zurückgedreht. Er hatte das Büfett getroffen und eine Tür zerstampert. Das Büfett erbebt in allen seinen Teilen. Geschirr kratzte; Teller und Gläser schlugen gegen die Glasscheiben, Scherben purzelten durch die zertrümmerte Glasür.

Das hatte man fast am anderen Ende des Dorjes hören müssen. In diesem Augenblick gingen Leute vorüber. Jemand sagte (Buteau, der es hörte, war drauf und dran, das Fenster zu öffnen, um zu sehen, wer gesprochen hatte):

„Scheint, Buteau ist zurückgekehrt! Da geht's heiß her!“

„Schade“, stufte eine Frauenstimme zur Antwort... „ein Haushalt, der früher so friedlich war!“

„Daran ist der Krieg schuld.“

„Schließlich geht uns das nichts an. Jeder für sich, geht keinem so gut bei sich zu Hause. Weiß Gott, nicht!“

Jetzt stand Buteau vor der Verwüstung, zu Boden geschmettert. Da war er nun in seinem verödeten Hause. Zu Hause! Der Tisch, dessen Beine in die Luft ragten, das zertrümmerte Büfett,

das an vier oder fünf Stellen beschädigt war, das zerbrochene, auf der Erde herumliegende Geschirr zeugten von seiner Heimgkehr.

Ein Rahmen hing schief an der Wand, nur noch von einem Nagel festgehalten.

Es war das Abbild seines Haushalts. Alles drunter und drüber, alles zertrübt.

„Ein Haushalt, der so friedlich war!...“

Der Krieg, der Krieg war schuld daran!

Er war auf einen Stuhl hingefallen, hatte seinen armen schweren Kopf in den Händen gebogen, weinte aber nicht. Er verlor sich in bitteren Betrachtungen.

Wo war seine Frau? ... Wo? „Wenn ich bei den Nachbarn fragen würde! Aber er überlegte... Ja, schöne Worte, die das Dachen verbergen... denn Qualen, solche Qualen erregen Nachen!“

„Hätte er sie nur, die Lumpenhündin! Er würde sie schon treffen, wo sie sich auch verkriechen würde! (Nur die Berge treffen einander nicht!) Er würde schon erfahren, wo sie steckt! — Ja dann...“

Er dachte daran, was er dann tun würde! Welche Rache er nehmen wollte! Er mußte es nicht zöhl. Er hatte Lust, zu mordern. Er hätte die Hände...

Ein Tag verging.

Noch einer... Dann noch einer, und so fort.

Eine Woche war schon um, und Buteau war nicht ausgegangen, und niemand war zu ihm gekommen. Keine Nachricht, weder von seiner Frau noch von seiner Schwiegermutter, nichts war zu ihm gedrungen.

„Die Alte! Sie war zu ihrer lieberlichen Tochter gegangen!“

Aber warum hatte er sie denn gehen lassen? Wie ein Hinderer Fuhs hatte er sich in die Halle locken lassen...

„Mit ihr hätte er auch die Tochter geholt.“

„Ja, er hätte die Dinge überleitet...“

Er war zu gewalttätig gewesen... Man kann sich in einem solchen Falle schlecht beherrschen, entschuldigte er sich.

In den acht Tagen hatte er Zeit genug gehabt, wieder ein bißchen Ordnung zu machen... in seinen Gedanken und auch in seiner Wohnung. Man ist ordentlich oder man ist es nicht... Er war ordentlich.

Ordnung! Auch das ist für manche eine überragende Kraft. (Vorfahrung folgt.)

Rationalisierung - auch kein Rezept



Die Rationalisierung, als Schlagwort aufgetaucht in dem Augenblick, wo der deutsche Industrie die Mittel der Inflation zur Finanzierung ihres Bedarfes an Investitions- und Betriebskapital nicht mehr zur Verfügung standen, die Rationalisierung ist als Begriff für eine bestimmte Erscheinung der kapitalistischen Produktion nicht neu. Rationalisierung bedeutet: Steigerung der Produktivität der menschlichen Arbeitskraft, für die Gesamtwirtschaft gerechnet also eine Verminderung des Anteils der menschlichen Arbeitskraft am Produktionsprozess. Das Streben der Kapitalisten danach ist uralt. Es ist ohne die Wünsche der „Kapitäne der Wirtschaft“ unbegreiflich in den Entwicklungsstadien des Kapitalismus. Als Beweis dafür mögen Zahlen dienen, die dem Werke von H. G. Hennig, „Die gemischten Werke im deutschen Großhandels- und Gewerbe“, Stuttgart 1904, entnommen sind.

„Rationalisierungsergebnisse in der Eisenerzeugung“

Jahr	Produktion in Tausend Tonnen	Anzahl der Werke	Anzahl der Arbeiter	Produktion pro Arbeiter
1848	100	1974	100	100
1880	1043	839	48	21500
1900	2728	575	29	92300

„Rationalisierungsergebnisse in der Hoheisenindustrie“

Jahr	Produktion in Tausend Tonnen	Anzahl der Werke	Anzahl der Arbeiter	Produktion pro Arbeiter
1848	100	203	100	100
1880	184	141	89	20800
1900	605	108	53	112500

Diese Zahlenreihen, die nach aus der Zeit stammen, wo man von der Propaganda und dem Mißbrauch, der heute mit dem Worte Rationalisierung getrieben wird, nichts ahnen konnte, zeigen nicht nur die rasende Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch das wahre Wesen der kapitalistischen Rationalisierung. Rationalisierung heißt also nicht Steigerung der Produktion schlechthin, sondern Steigerung der Produktion durch erhöhte Produktivität der menschlichen Arbeitskraft. Eine Möglichkeit, die Produktivität der menschlichen Arbeit zu steigern, ist die „Intensivierung“, die einfache Beschleunigung der Arbeit, die Antriebskraft, mag sie erfolgen auf dem Wege des Lohnanreizes durch Prämien- und Akkordlöhne oder auf dem Wege des Venjums und des laufenden Bandes oder auch auf dem Wege der Drohung mit Gewalt. Eine andere Möglichkeit der Produktivitätssteigerung ist die „erhöhte Ausbeutung der Arbeiter durch Herabsetzung der Löhne oder Scaussetzung der Arbeitszeit.“ (R. Schäfer in einem sehr lesenswerten Aufsatz im Gewerkschaftsarchiv.)

All diese Methoden der Rationalisierung, zu denen noch eine hinzukommt, die wir die „direkte“ Rationalisierung nennen möchten (die unmittelbare Erziehung der menschlichen Arbeitskraft durch Maschinen), erreichen letzten Endes, daß durch die Erweiterung der Produktivität die menschliche Arbeitskraft auf irgendeine Weise, durch irgendeinen technischen oder betriebsorganisatorischen Vorgang, gegenüber der Maschine zurücktritt. Was ist die Folge dieser Erscheinung? Wie wirkt sich diese Entwicklungstendenz innerhalb des Betriebes der kapitalistischen Wirtschaft aus? Der Kapitalist „turmt“ die Produktion nicht um ihrer selbst willen an, sondern um zu verdienen, dem der kapitalistischen Wirtschaft innewohnenden Zwange zum Profitmachen folgend. Die Schicksalsfrage gegenüber der Rationalisierung ist für den Kapitalismus demnach, wie er den Profit des Einzelkapitalisten und den Gesamtprofit beeinflusst.

Was schafft im Kapitalismus, was schafft überhaupt in jeder uns vorstellbaren Wirtschaftsform Werte? Einzig und allein die menschliche Arbeitskraft! Eine Tatsache, eine Winke-wachheit, die in einer sozialistischen Zeitung nicht mehr erst bewiesen werden muß. Die menschliche Arbeitskraft schafft auch den Mehrwert, aus dem sich der Profit ableitet. Die Maschinen, die Betriebsanlagen „verdienen“ nichts. Mit ihrer Abnutzung geht eine entsprechende Quote in das Produkt ein. Ebenso wie der entsprechende Anteil an den sonstigen Betriebskosten. Die Rohstoffe werden verarbeitet, werden „veredelt“, wie die kapitalistische Begriffsbildung den Produktionsprozess so hübsch verziert. „Veredelt“ werden die Rohstoffe, „verwertet“ werden die Betriebsanlagen aber durch die menschliche Arbeitskraft.

Zurück zur Rationalisierung! Wir haben gefragt, inwieweit die Rationalisierung den Profit beeinflusst. Dazu sagt Julian Borghardt sehr richtig:

„Das Sinken der Profitrate ist in der kapitalistischen Wirtschaft die Folge jeder Erweiterung der Produktion; aber es ist zugleich der Stachel, der zu immer weiteren Vergrößerungen der Produktion treibt. Denn gegen die relative Abnahme des Mehrwerts gibt es kein anderes Mittel, als seine absolute Vergrößerung.“

Die kapitalistische Rationalisierung ist für die Wirtschaftsordnung, die sie zuegt, zumindest ein zweischneidiges Schwert. Die Rationalisierung bedingt — neue Rationalisierung, neue Ausbeutung der Arbeiterklasse. Genosse R. Schäfer kommt in seinem schon erwähnten Aufsatz im Gewerkschaftsarchiv aus der Praxis zu demselben Ergebnis, zu dem wir auf Grund „theoretischer“ Erwägungen gelangt sind:

„Die Rationalisierung, die in ihrer Theorie (der kapitalistischen F. H.) ausdrückliche Verfestigung des Druckes auf die Arbeiter, keine bloße Intensivierung der Arbeit, keine Verschlechterung der Qualität des Produktes, keine Verlängerung der Arbeitszeit, keine Herabsetzung des Lohnes, keine preiserhöhende Kartellierung und keine Ausbeutung der halbkolonialen Völker will, wird in der kapitalistischen Wirtschaft zum direkten Anlaß zur verstärkten Anwendung dieser Methoden.“

Das Problem der Rationalisierung umschließt aber nicht nur die Tatsache der sinkenden Profitrate, sondern vor allem auch die Arbeitsfrage. Rationalisierung bedeutet Zwang zur Steigerung der Produktion; wohnt mit der Mehrerzeugung? Die Arbeiterklasse zu befähigen, sie wenigstens teilweise aufzunehmen, widerspricht dem Profitinteresse, gegen das der Gewerkschaftskampf nur unzulängliche Erfolge erzielen kann. Die Abhängigkeitsverhältnisse wachien also mit der Mehrerzeugung. In seinem neuen Buche „Weltkapital und Weltpolitik“ gibt Julian Borghardt neben manchem Problematikern auch eine vorzügliche Diagnose der Krankheit der kapitalistischen Gesellschaft. Er schreibt:

„Aus diesem Widerspruch zwischen der schrankenlosen Ausdehnung der Produktion, die für das Kapital Zwang ist, und der Unmöglichkeit, die zu produzierenden Güter zu konsumieren, erklärt sich die Geschichte, erklärt sich das Schicksal unserer Zeit.“

Die Rationalisierung hat durch die Senkung der Profitrate den vermehrten Zwang zur Produktionssteigerung hervorgerufen. Die Abhängigkeitsverhältnisse vermehren die Krisenmöglichkeiten des Kapitalismus, den Zwang zur Absaherweiterung, vermehren die Kriegesgefahren, bedeuten steigende Beunruhigung. Rationalisierung bedeutet deshalb nicht „Wirtschaftsfrieden“ und „Weltgemeinschaft“, nicht Beruhigung und Stabilisierung. Die Antwort auf die Rationalisierung der Kapitalisten kann nur sein: gesteigerter Klassenkampf des Proletariats!

Die Unfallgefahr in der Landwirtschaft Skandalöse Verläumdungen der Unternehmer

In einigen pommerischen Blättern wurde dieser Tage über die Unfälle in der Landwirtschaft folgende Behauptungen gemacht. Im letzten Berichtsjahr wurden 7526 Unfälle angemeldet, von denen 2270 entschädigt werden mußten. In Maschinen wurden 262 Personen verletzt, 12 davon tödlich. Die Zahl der gesamten Todesfälle betrug 113. Das ist der höchste Stand seit 1920. Die technischen Aufsichtsbereiche der pommerischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft berichten, daß von ihnen 1223 Betriebe erstmalig befragt wurden. Nur in 83 Betrieben waren keine Mängel zu beanstanden. In den beanstandeten 1240 Betrieben wurden 89384 Mängel festgestellt. Es entfallen somit durchschnittlich 7,4 Mängel auf jeden Betrieb. In 1037 Fällen mußte die Berufsgenossenschaft Bestrafungen aussprechen.

Es ist richtig, daß die Verletzten zum Teil infolge Gleichgültigkeit, die aber wiederum erst Folge mangelnder Warnungen ist, an den Unfällen selbst Schuld haben. Der Deutsche Land- und Forstwirtschaftsverband läßt es deshalb nicht daran fehlen, die von den Unternehmern veräußerten Warnungen durch eigene Aufklärungsarbeit nachzuholen. Wie groß aber andererseits der Anteil der Unternehmerverläumdungen an der Unfallgefahr ist, ja, daß auf ihrer Seite der allergrößte Teil der Schuld gesucht werden muß, zeigt die Feststellung der Aufsichtsbereiche, daß von 1223 befragten Betrieben ganze 83 ohne Mängel waren, und daß die Zahl der Einzelrügen die phantastisch anmutende Höhe von 89384 erreichte.

Kein deutscher Textil-Dumping. Vor einigen Wochen hat eine Kommission englischer Textilgewerkschafter in Deutschland gewellt, um eine Vergleichung der deutschen Textilarbeiterlöhne mit den englischen durchzuführen. Die Kommission benutzte Material, das vom Deutschen Textilarbeiterverband in Berlin und dem Reichsarbeitsministerium zur Verfügung gestellt wurde. Wie der Soj. Profbedienst erzählt, ergab die Vergleichung, daß von einer Lohnunterbietung in Deutschland gegenüber England, soweit die Textilarbeiter in Frage kommen, nicht die Rede sein kann.

Wg. Wiederlich, Republikaner, Arbeiter, gebt acht!

Der sogenannte „Ehrenmalaufruf“ in Wiederlich propagiert in rühriger Weise für eine chauvinistische Veranstaltung zur „Reichsgründungsfest“ am Sonnabend, dem 21. Januar d. J., im „Alten Gasthof“. Der Reinertrag der Feier soll zur Errichtung eines „Ehrenmals“ für die im Kriege Gefallenen dienen. Unter Mißbrauch von Schulkindern hat man an sämtliche Haushaltungen unter „Schönen Gruß von Herrn Lehrer März“ Einladungen ergangen lassen. Die Mitwirkenden sind der bürgerliche Gefangenverein „Sängerkreis“, Lehrer Wötcher und Fräulein Komler. Es ist bekannt, welche Kreise hinter der Veranstaltung stehen, und deshalb auch offen ersichtlich, welchen wirklichen Zwecken dieser nationalistische Rummel dienen soll. Unter dem Deckmantel „Ehrtung der Kriegesgefallenen“ verläßt man den Taumel der Kriegshysterie von 1914 wieder auf. Die Kriegsverletzten und Hinterbliebenen haben den „Dank des Vaterlandes“ nur Geringe zu spüren bekommen und wissen, in welcher schmählicher Weise der „Vater Staat“ sie für ihre surchbaren Opfer dem Hunger und Elend preisgegeben hat. Deshalb können die Kriegesgefallenen und Hinterbliebenen am besten dadurch geehrt werden, wenn man von derartigen Veranstaltungen fern bleibt und ihren Bestrebungen den Rücken zuwendet. Für die denkende und sozialistische Einwohnererschaft kann kein Zweifel darüber bestehen, daß sie dorthin nicht gehört. Die Sozialdemokratische Partei, Ortsverein Wiederlich, bezieht am gleichen Tage, am 21. Januar, 20 Uhr, im Neuen Gasthof eine 25-Jahresfeier in Form einer künstlerischen Veranstaltung. Die Mitwirkenden sind das Arbeiter-Bildungs-Institut Leipzig und der Arbeiter-Gefangenverein Wiederlich. Die Parole muß deshalb lauten: Niemand zu dem bürgerlich-nationalistischen Rummel — In Massen zur 25. Jahresfeier des Ortsvereins der Sozialistischen Partei!

Wiederlich, Beiträgerischer Steuerbeamter. Der Gemeindebeamte Otto Albin Fischer hatte in Wiederlich bei den Gastwirten Saalsteuer einzuziehen. Er nahm den besteuerten Wirtzen höhere Beträge ab, als die Steuer tatsächlich ausmachte, und hat das Mehr für sich verbraucht. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu neun Monaten Gefängnis.

Engelsdorf. Der Ortsverein der SPD beschäftigt am nächsten Sonntag, den 22. Januar, das Stadtgeschichtliche Museum im Alten Rathaus. Der Eintritt ist frei. Abfahrt mit der Straßenbahn 8.36 Uhr ab Gasthof Hesse. Die Führung hat Genosse S. K. freundlich übernommen. Gäste sind willkommen.

Markranstädt. Die Wohnungsnot ist gewiß in allen Orten eine der brennendsten Fragen, so auch in unser Stadt. 250 Familien müssen in ungesunden Wohnungen oder mehrere Familien zusammen in einer Wohnung leben. 60 Wohnungen sind auf alle Fälle als sehr dringlich zu bezeichnen. Aus den Mitteln der Weizsäckersteuer hat die Stadt in der Nachkriegszeit vornehmlich 100 Wohnungen in eigener Regie erbaut. Aus denselben Mitteln sind auch die Stieblervereine besichtigt worden, die rund 35 Wohnungen erbaut haben. Leider muß festgestellt werden, daß unser Gemeindevorstand für die eigene Regie kein großes Interesse zeigt. Unser Bürgermeister kennt aber auch die Wohnungsnot nicht. Herr Schirmer als alleinstehender Mann besitzt eine der schönsten und größten Wohnungen. Vielleicht läßt er sich in die Tauchliste eintragen, damit der Wohnungsausschuss die Gelegenheit hat, einmal eine anständige Wohnung zu vergeben. Der Wohnungsausschuss besteht bekanntlich aus einer Arbeitermehrheit. Wie aber dessen Beschlüsse durchgeführt werden, soll nachstehender Bescheid, den ein Wohnungsuchender zugestellt bekam, zeigen:

Herrn ... Auf Ihr unter dem 2. d. M. an den Stadtrat gerichtete Ersuchen teilen wir Ihnen mit, daß dem Wohnungsausschuss eine Wohnung zur Zeit nicht zur Verfügung steht.

Wegen Beschaffung eines erwärmten Raumes verweisen wir Sie an die in Heerde's Gastwirtschaft hier eingerichtete Wärmestube und wegen Beschaffung warmen Essens erforderlichenfalls an die Volkstüche in der neuen Schule.

Der Stadtrat, — Wohnungsausschuss, Schirmer, Bürgermeister.

Der Ausschuss hatte aber beschlossen: Da zur Zeit keine Wohnung vorhanden ist, kann S. keine Wohnung zugewiesen werden. Wir empfehlen nun Herrn Schirmer, obengenannter Wohnungsuchenden in der Wärmestube Gesellschaft zu leisten und von jetzt ab sein Mittagessen in der Volkstüche selbst zu holen. Diese Ironie eines Bürgermeisters, um kein andres Wort zu gebrauchen, ist nicht zu übertreffen.

Gewerkschaftliche Anzeigen
Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig
Volkshaus, Reiter Straße 32, Fernruf 34021
Deutscher Textilarbeiter-Verband, Filiale Leipzig
Bureau: Reiter Str. 32, II, Zimmer 57, Geschäftszeit 10-12, 4-6 Uhr, Sonnabends 10-11 Uhr, Tel. 32110 (34011 u. 34021)
Freitag, den 20. Januar 1928, abends 8-10 Uhr im Volkshaus, Zimmer 2-3. **Generalversammlung.**
Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Neuwahlen, 3. Bericht des Vorstandes, 4. Mitgliedsausweis (Karte oder Buch) ist unbedingt mitzubringen; ohne Ausweis kein Zutritt
Zahlreiches Erscheinen unserer Mitglieder erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Moderns und geschmackvolle
Drucksachen
für jeden vorkommenden Bedarf werden schnellstens geliefert.
Der neuzeitlich eingerichtete Rotationsbetrieb ist bestens geeignet zur Herstellung von Prospekt- und Warenauslagen
Leipziger Buchdruckerei
Alttingengesellschaft
Taubertstraße 12/21

Gegen rote Hände
und unehliche Hautfarbe verwendet man am besten die schmeck-welche, feine **Creme Loodor**, welche den Händen und dem Gesicht eine weiche Weiße verleiht, die der vornehmen Dame erwünscht ist. Ein besonderer Vorteil liegt auch darin, daß diese unehliche Creme wunderbar kühlend bei Juckreiz der Haut wirkt und gleichzeitig eine vorzügliche Unterlage für Make-up ist. Der nachfolgende Duft dieser Creme gleicht einem lauschig gepflanzten Frühlingstrauch von Weibchen, Magnolien und Flieder, ohne jenen berückelnden Wohlgeruch, den die vornehme Welt verabscheut. — Preis der Tube 60 Pf. und 1 Mk. — In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben. — Bei direkter Einlieferung dieses Inserates als Drucksache mit genauer und deutlich geschriebener Adressenadresse auf dem Umschlag erhalten Sie eine kleine Probeendung kostenlos überjanbi durch Dr. W. G., Dresden-F. 6

+ Bruchleidende +
Eine Erfindung von dauernder Qual ist das berühmte
Spranzband
(Deutsches Reichspatent)
Kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig für alle Arten von Brüchen. Leichteste vollste Garantie. Glänzende Zeugnisse, auch Beilegerfolge. Verzicht begehrt! Mein Vertreter ist für alle Bruchleidende (auch für Frauen und Kinder) wieder mit Mustern kostenlos zu versehen in **Vegan**: Hotel goldene Krone, am Freitag, dem 20. Januar, von 9-11 Uhr.
Leipzig: Hotel Blücher, Blücherstr. am Freitag, dem 20. Januar, von 1/2 bis 7 Uhr, und am Sonnabend, dem 21. Jan., von 9-6 Uhr.
Eilenburg: Hotel Parkhotel, am Montag, dem 23. Januar, von 8-12 Uhr.
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz Unterfohren
(Leipzig)

Sie dürfen wieder rauchen
aber nur
Florida
mit
König Patent-Edelpapier
ohne Preisserhöhung von 3 bis 10 Pf.
Aerische Cigarillen liegen den Packungen bei.
Alleinhersteller: **Zigarettenfabrik Florida, Leipzig W 33.**



Die Flotten-Frauen

Man muß es immer wieder sagen, daß Leipzig Seestadt ist. Da wurde mir neulich, offenbar aus Versehen, und für meine angetraute Gattin, die ich nicht habe, ein Programm nebst Reklame für den „Flottenbund Deutscher Frauen“, Deutsche Treue, Teutischer Wein und Teutischer Sang zugehandelt.

„Für unsere junge Marine sollten sich alle Volkskreise mit warmem Interesse einsetzen“, meint der Prospekt. Er soll das den Arbeitslosen erzählen, die seit Monaten stempeln gehen und schließlich doch auch zu den „Volkskreisen“ gehören.

Das ist ein Auszug aus dem Programm. Sonst tut der Flottenbund so allerlei, was sich nett ausnimmt, vaterländisch klingt und nicht viel kostet. Im Vorstand sitzen keine Dämlichkeiten (Damen wäre hier zu wenig gesagt und nicht ehrerbietig genug).

„Ja, fast hätte ich das Wichtigste vergessen: Was der Flottenbund denn nun wirklich tut. Da hatten wir erstens am 7. November letzten Jahres einen Teetisch im Kaiserhof, wo Mitglieder 3 Mk. Eintritt zahlen mußten und Gäste 3,50 Mk.; da gab es ferner am 25. November für 250 Mk. ein Lichtbildervortrag im Zoo, wo ein richtiggehender Freiherz und eine ebensolche Freiin das aktuellste Thema der Gegenwart, nämlich „Hinnand und der deutsche Hansageist“ vor den andern Kaffeestanten vortrugen.

Und singen sollen die „Bodecksnarben“...

Als ich am Sonnabend in der Volkszeitung von den christlichen Erziehungsmethoden des Pfarrers Sidmann las, der eine 17jährige so auf das nackte Gefäß geschlagen haben soll, daß man nach vier Wochen noch die Spuren sah, fiel mir ein Brief wieder ein, der im vorigen Jahre vom Vater eines Fortbildungsschülers einem Lehrer geschrieben wurde.

„Sehr geehrter Herr Klassenlehrer! Nun weiß ich aber tatsächlich nicht mehr, was ich denken soll. Anstatt, daß so einem Lämmel, der irgend so etwas gemacht hat, das Jeder vollgehauen wird, daß er an den Wänden hochgeht, da bekommt der Vater, der so schon genug Sorgen mit solchem Bestandeskrüppel hat, extra noch ein Schreiben. Meinen Sie oder die wohlwollende Schulbehörde, daß damit eine Besserung erzielt wird? Was nützt es, wenn ich dem Lumpen den Balg vollschlage, und seine Mutter ist zu weich und vertritt so'n Schuft noch die Brille. Glauben Sie mir, was ich mit diesem Menschen schon durchgemacht habe.“

Über mit der ganzen Einrichtung in dieser Beziehung, ich meine die Jugendberziehung in unserem neuen Deutschland, kann ich mich nicht zufriedengeben. Die Jugend wird mit Glacéhandschuhen angefaßt. Und die schönen Fräulein steht man ja schon. Trotz der Humanität füllen sich die Strafanstalten wie nie zuvor.

„Hier hilft nichts weiter, als immer feste druff auf das dreieckige Dosenleder — und singen sollen die Bodecksnarben.“

„Ja bin ein Deutscher, kennt ihr meine Farben?“

Dieser Brief ist in mehr als einer Beziehung interessant. Daß dieser „Immer-feste-druff“-Mann sein „armes Deutschland“ beweint, also einer ist mit der Parole: „Vor dem Kriege war es besser, ist kein Zufall. Solche Ideenverbindungen sind uns nicht unbekannt. Daß für Familienverhältnisse, unter deren „Sonne“ keine Erziehung gedeiht, Schule und Vaterland büßen müssen, ist auch nicht neu.

Haben die Kapitalisten oder die KPD recht?

Bauunternehmer bestätigen die Kurzsichtigkeit der Kommunisten!

Die Kommunisten werden nach ihrer bisherigen Stellungnahme voraussichtlich in der heutigen Stadtverordnetenversammlung mit der großen Mehrheit der Bürgerlichen zusammen die Gründung einer städtischen Wohnungsfürsorge-Gesellschaft ablehnen, so daß die für den städtischen Wohnungsbau vorgesehenen 13 Millionen Mark aus der Mietzinssteuer auf unbestimmte Zeit brachliegen bleiben, da die Stadt, wenn sie am eigenen Wohnungsbau festhält — was nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von den Kommunisten verlangt wird — versuchen muß, rund 7 Mill. Mark Bauzuschüsse herbeizubringen.

Die Kurzsichtigkeit der Kommunisten, die behaupten, daß durch die städtische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft der städtische Wohnungsbau den Privatkapitalisten ausgeliefert werde, was gerade verhindert werden soll, fördert die Bestrebungen kapitalistischer Kreise. Wie falsch die Auffassung der Kommunisten ist, ergibt sich aus den Eingaben, die von Unternehmerorganisationen des Baugewerbes an das Stadtverordnetenkollegium gegen die Wohnungsfürsorge G. m. b. H. gemacht worden sind.

Da liegt zunächst eine Eingabe des „Baugewerbe-Bundes in Leipzig e. V.“ vor. Dem Verbande sind die Innungen der Baumeister und die Vereinigung der baugewerblichen Arbeitgeber-Verbände angeschlossen. In der Eingabe wird gegen den städtischen Wohnungsbau und die städtische Baugesellschaft gewettert und gesagt, daß die dazu von den Stadtverordneten gestellten Beschlüsse „eine außerordentliche Benachteiligung und Schädigung des Baugewerbes herbeiführen würden, dürfte ohne weiteres zu erwarten sein, daß durch die beschlossene Gründung nennbarer der städtische Wohnungsbau zum Schaden der Allgemeinheit allein auf Kosten jeglichen privaten Wohnungsbauvermögens entstehen würde.“

Den „Schaden der Allgemeinheit“ hat man in der Eingabe nur erdichtet, um dem Streben nach kapitalistischem Profit auf Kosten der Allgemeinheit ein gemeinlichches Mäntelchen umzuhängen.

„Im Interesse des privaten Baugewerbes sowie der Baugewerke, die durch die unterzeichneten Verbände und Organisationen vertreten werden, bitten wir die Stadtverordneten, diese beschlossene Gründung der städtischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H. Leipzig abzulehnen.“

Eine zweite Eingabe ist von dem „Aussschuß zur Förderung der Bauaktivität in der Leipziger Arbeitsgemeinschaft für freie Wirtschaft“, unterzeichnet von dem Unternehmersyndikus Dr. Bräutigam und dem Großbauunternehmer Stoye, gemacht worden. In der Eingabe wird gesagt:

„Zur Finanzierung des städtischen Wohnungsbauvermögens ist die Gründung einer städtischen Wohnungsfürsorge-GmbH Leipzig beabsichtigt, die den Zweck verfolgen soll, das für die Durchführung des städtischen Wohnungsbauvermögens notwendige Baukapital durch Aufnahme von Hypotheken aufzubringen. Hierfür sollen wohl die auf der städtischen Sparkasse liegenden Spargelder zur Verwendung gelangen. Wir erheben aus der Vorlage, die den Stadtverordneten vorgelegt worden ist, daß der einmal begonnene städtische Wohnungsbau in Leipzig zum Schaden der Bauwirtschaft und zum

Nachteil der Allgemeinheit nicht nur fortgesetzt, sondern weiter ausgedehnt werden soll. Wir vertreten nach wie vor den Standpunkt, daß die große Zahl der vorhandenen privaten Baubewerber, die, wie uns bekannt ist, schon seit Jahren auf Darlehen aus der Mietzinssteuer rechnen, zuerst berücksichtigt werden muß. Durch Erfüllung dieser privaten Baugesuche würden der Bauwirtschaft Gelder zugeführt werden, die dem städtischen Wohnungsbau nicht zur Verfügung stehen würden. Außerdem würde der allgemeine Hypothekemarkt, der für die Fortführung des privaten und baugewerblichen Wohnungsbauvermögens außerordentlich wichtig ist, durch die Stadt mit in Anspruch genommen und bevorzugt aufgebraucht werden. Durch die bereits bestehende städtische Baugesellschaft G. m. b. H., sowie den Kauf des Hochbauamts, und deren Bevorzugung bei Vergebung der städtischen Bauaufträge sind ohnehin schon derartig schwierige Verhältnisse für das freie Baugewerbe Leipzig geschaffen, wie sie in andern Großstädten nicht vorzufinden sind.

Die unterzeichnete Leipziger Arbeitsgemeinschaft für freie Wirtschaft stellt die Zusammenfassung von ca. 30 Verbänden und Innungen des gewerblichen Lebens in Leipzig dar und vereinigt mit ihren Unterorganisationen den Aussschuß zur Förderung der Bauaktivität die Kreise der Bauwirtschaft. Sie bittet deshalb die Stadtverordneten, die beschlossene Gründung der städtischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H. abzulehnen und sich dafür einzusetzen, daß die Mittel der Mietzinssteuer möglichst weiten Kreisen der privaten Bauwirtschaft im Interesse der allgemeinen und nicht unter Bevorzugung einer einzigen Gesellschaft zugeführt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Aussschuß zur Förderung der Bauaktivität in der Leipziger Arbeitsgemeinschaft für freie Wirtschaft.
gep. Dr. Bräutigam
gep. Wilhelm Stoye.

Was in der Eingabe über die Gelderziehung der freien Wirtschaft gesagt wird, trifft auch auf den städtischen Wohnungsbau zu, wenn zu diesem Zwecke eine städtische Wohnungsfürsorge-Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet wird. Außerdem würde diese Gesellschaft nicht bloß bei der Sparkasse, wo nach wie vor auch Privaten genügend Kredit zur Verfügung stehen wird, sondern auch bei andern Kreditinstituten Gelder aufnehmen können. Die Einwendungen der Eingabe gegen die städtische Baugesellschaft und den städtischen Wohnungsbau sind von privatkapitalistischer Seite so oft erhoben und von uns widerlegt worden, daß es sich nicht lohnt, darauf einzugehen. Wenn es aber noch eines Beweises bedürft hätte, daß die Gründung einer „städtischen Wohnungsfürsorge G. m. b. H.“ eine Notwendigkeit ist und im Interesse des städtischen Wohnungsbauvermögens liegt, so ist dieser Beweis durch die Eingaben der Bauunternehmerverbände und der Privatinteressenten unwiderleglich erbracht. Damit sind auch alle Argumente hinsichtlich, die von den Kommunisten für ihre ablehnende Haltung gegenüber der „Wohnungsfürsorge G. m. b. H.“ ins Feld geführt werden. Wenn nicht noch in letzter Stunde die kommunistischen Stadtverordneten erkennen, wie sie den Feinden der städtischen Baugesellschaft und des städtischen Wohnungsbauvermögens in die Hände arbeiten, sobald sie die städtische „Wohnungsfürsorge G. m. b. H.“ ablehnen, werden die KPD-Deute wieder einmal an der Seite der Bürgerlichen gegen die Interessen der Allgemeinheit, der Wohnungslosen und auch der Arbeitererschaft stimmen. Und diese Deute nennen sich noch Arbeiter!

Herr Pfarrer Sidmann wird zweifellos diesem besorgten Vater der rechte Mann sein, „Klecksche“ und „Verstandeskrüppel“ zu Deutschlands Wohle vorzuführen, daß sie an „der Wand hochgehen“ — also wird er schon aus diesem Grunde für Religion in der Volksschule sein.

Eigenartig und nicht ohne Witz ist der Gesang der armen „Bodecksnarben“. Offenbar eine mehr völkischen Bräuten entsprechende Art des Gesanges, urgermanisch — noch von den alten Warden herrührend? In dieser Richtung sollten Heimatforscher mal forschen!

„Oft ähneltes Schulgeheiß! Fällt du im Sinne des Briefschreibers und seiner Freunde aus, dann wird — wie wir fürchten — der bewußte Gesang ohne Unterlaß erschallen. Den Takt schlagen Leute wie der Dresdner Gottesmann und — in der alten Warden Vaterland gibt es wieder krummgepöhlte Treue.“

Der Kampf gegen den städtischen Milchhof

Als die Stadtverordneten vor mehreren Wochen fast einstimmig der Errichtung eines städtischen Milchhofes zustimmten, konnte angenommen werden, daß nennmehr alle Hindernisse beseitigt wären und sich alle Interessentengruppen einmütig an der Errichtung des Milchhofes beteiligen würden. Es ist anders gekommen. Es sind Personen am Werk, denen ihre persönlichen Interessen höher stehen, als die Interessen der Allgemeinheit und die deshalb fortgesetzt in den Kreisen der Landwirte, der Molkeereibesitzer und der Milchhändler gegen den Milchhof kämpfen.

Die Mitglieder des Milchhändlerverbandes hatten mehrfach zu der Errichtung des Milchhofes Stellung genommen und die Beteiligung abgelehnt. Als dann eine kleine Gruppe Milchgroßhändler sich bereit erklärte, sich an dem Milchhof zu beteiligen und eine Milchvertriebsgesellschaft gründen wollte, ließen die Gegner des städtischen Milchhofes, darunter Händler mit einem Umsatz von wenigen Tausend pro Tag, gegen die Gründer der Milchvertriebsgesellschaft Sturm und wandten sich an den Stadtverordneten Dr. Hilpert um Wahrnehmung ihrer Interessen. Das Verhalten der kleinen Milchhändler zeigt, daß viele Händler nicht wissen, was sie wollen. Sie glauben, daß die bürgerlichen Parteien im Stadtverordnetenkollegium ihre unrentablen Zweigbetriebe, die nur die Milch verteuern, aufrechterhalten könnten. Auf der einen Seite gehören die bürgerlichen Kreise den sogenannten Milchaussschüssen an, die mit dem Geld, das die Allgemeinheit aufgebracht hat, den Milchumlauf und die Qualität der Milch heben wollen, und auf der andern Seite arbeiten sie gegen die Errichtung des städtischen Milchhofes, der nicht nur der Verbesserung der Leipziger Milchversorgung, sondern auch der Hebung des Milchverbrauchs und der Verbesserung der Qualität dienen soll.

Aber auch Milchgroßhändler arbeiten gegen den städtischen Milchhof und versuchen, einen Milchhof auf privater Grundfläche zu errichten, wobei es sich lediglich darum handelt, einen größeren Gewinn einzufahren. Wie es unter den Milchhändlern aussieht, geht am besten daraus hervor, daß der bekannte Milchhändler Thomas in Lindenau am Sonnabend ganz offen in der Straßenbahn erklärte: „Wenn ich Wagnern — gemeint ist der Geschäftsführer des Milchhändlerverbandes — mal ansahe, da kann er sich protzieren!“ Ferner fielen die Worte: „So ein Lumpisch, sagt zu den kleinen Händlern, ihr wollt euch wohl in die Abhängigkeit der Großhändler begeben?“

Doch nicht nur bei den Milchhändlern wird gegen den städtischen Milchhof gehetzt und gekämpft, sondern auch bei den Landwirten und

den Molkeereien. Wie weit diese Wühlerei gebiehen ist, geht am besten daraus hervor, daß Vertreter der Landwirte erklärten, sie wollten Nichtlandwirte nicht mehr in ihre Versammlungen lassen, damit die Stänkereiausschreie. Die eigenartigste Rolle in der Angelegenheit spielt Herr Hameister von der Mägdescher Milchzentrale, der von den Vertretern der Molkeereien Köhler und Ullrich unterstützt wird. Wir haben bereits früher darauf hingewiesen, daß Hameister die Milchzentrale nur geschaffen hat, um die Errichtung des städtischen Milchhofes zu verhindern und daß derselbe Hameister sich nicht scheute, dem Räte zu erklären, daß er seine Opposition gegen den städtischen Milchhof aufgeben wolle, wenn die Stadt ihm seinen Betrieb abkaufe und er als Direktor des Milchhofes angestellt werde. Da sich Hameister in den Kopf gesetzt hat, Direktor des städtischen Milchhofes zu werden, hat er auch an ihm bekannte Personen die Frage gestellt, ob die Stadt seinen Betrieb übernehmen und ihn als Direktor anstellen wolle. Als er keine zureichende Antwort bekam, erklärte Hameister, daß er dann mit den Milchgroßhändlern Thomas und Schubert einen Privatbetrieb einrichten werde. Hameister hat also fortgesetzt zwei Eulen im Feuer. In einer Verammlung der Molkeereifachleute versuchte er, für die Schaffung eines Privatbetriebes Stimmung zu machen, wobei er erklärte, daß die Opposition der Milchhändler im gleichen Maße auf Antwort laudere. Nach alledem geht man wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß Hameister diejenige Person ist, die in allen Interessentengruppen gegen die Errichtung des städtischen Milchhofes und für die Schaffung des Privatbetriebes arbeitet, weil er noch keine Auflage auf den Direktorenposten hat und weil andererseits die Milchzentrale mit so hohem Verlust arbeitet, daß die Gefahr besteht, daß der Betrieb geschlossen werden muß und die Stellung Hameisters bzw. sein hohes Einkommen gefährdet ist. Die Leitung der Milchzentrale will zwar ihren Betrieb als Konkurrenzunternehmen gegen den städtischen Milchhof weiter betreiben, wenn die Stadt den Kauf ablehnen sollte. Das dürfte aber nur ein Bluff sein, denn daß die Milchzentrale in der Klemme sitzt, ging ja auch aus dem Gespräch des Milchhändlers Thomas in der Straßenbahn hervor.

Merken denn die Quertreiber noch immer nicht, daß kein vernünftiger Mensch daran denkt, den Betrieb der Milchzentrale zu übernehmen und Herrn Hameister als Direktor anzustellen? Es wird höchste Zeit, daß die Vorbereitungen zur Errichtung des Milchhofes beendet werden, unbekümmert darum, welche Suppe sich die Kuhenseiter durch ihre Machinationen einbroden.

Veranstaltungen „Das junge Deutschland“. 19. Januar, 20 Uhr: Abend des Bundes der Wandernögel, Lichtbildvortrag über eine Schwedenfahrt, Saal im Heimatmuseum, Leingasse 3. — 21. Januar, 20 Uhr: Volksfest der Leipziger Jugend im Waldlusthof. — 22. Januar, 11 Uhr: Morgenfeier der Jugend, veranstaltet durch die SAJ, „Der gepaltene Mensch“, Sprech- und Betspiel, Darbietungen des Lieberkows im Neuen Theater. 18.30 Uhr: „Meister Andreas“, ein kräftiges Spiel der Zittauer Volkenspiele, im Festsaal des Neuen Rathauses. — 19. Januar, 20 Uhr: Lichtbildvortrag „Tracht und Mode im Wandel der Zeit“, Vorträge des Chores der SAJ, Tanz- und Gymnastik-Vorführung der Schule Witte Wolf-Bölling in der Ruppelshalle im Ausstellungsgebäude. — 19. Januar: Kunst im Lied und in der Bewegung, Veranstaltung der Leipziger Berufsschulen im Festsaal des Neuen Rathauses.

Und dennoch Justizmord!

Der Fall Jakubowski

Durch ein Gericht, das sich nicht bestätigte, durch die Meldung eines Reporters, wissen wir um das Schicksal des Joseph Jakubowski, der am 15. Februar 1928 im Justizhaus von Neustrelitz wegen Ermordung seines dreifährigen unehelichen Sohnes Ewald hingerichtet wurde. Die Nachricht, daß die Großmutter dieses Kindes auf dem Totenbette sich selbst zu dieser Tat bekannt hat, stimmt nicht. Die rechtsstehende Presse freut sich der „Blamage“ und auch der „Volksstaat“ — läte er es nicht, wäre er eben nicht der „Volksstaat“! — amüsiert sich töftlich über den Reinfall. Und dennoch ist, wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, hier ein Justizmord geschehen!

Das Schwurgericht hat sein Urteil auf Grund eines Indizienbeweises gefällt, und legt man die Urteilsbegründung, muß man erschauern über so viel „Indizien“, die alles andere denn ein Todesurteil begründen. Begonnen wurde die Gerichtsverhandlung mit einer Handlung, die schon für die Einstellung des Gerichtshofes kennzeichnend ist. Der Jakubowski ist ein russischer Kriegsgefangener, der in Deutschland geblieben war. Er spricht ein Gemisch aus Russisch und Platt, eine Sprache, die ihm selbst die Verständigung mit seinen eigenen Angehörigen und nächsten Freunden sehr erschwert. Der Jakubowski steht vor Gericht, der Jakubowski kämpft um seinen Kopf. Er versteht nicht alles, was die hohen Herren am Gerichtstisch schnarren, er kann sich kaum mit seinem Verteidiger verständigen, er bittet um Stellung eines Dolmetschers. Es wird ihm verweigert. Waren da „deutsche Belange“ zu vertreten, oder war es nur ein Akt bewußter Grausamkeit von den Herren? Der Mensch kämpft um sein Leben, es geht um Worte und deren genauen Sinn. Er steht im Gerichtssaal, er schreit vor Angst und Erregung, und er versteht nur schwer und langsam und unvollständig, was für ihn Schicksal wird. In den ersten Sätzen der Urteilsbegründung steht die erste unwahre Behauptung. Es wird da gesagt, daß der Angeklagte der Erzeuger des ermordeten Knaben gewesen sei. Das stimmt nicht: der Jakubowski hatte durch Jahre eine Liebe in dem Dorfe Pallingen im Strelitzschen. Bevor er sich mit ihr verlobte, trug sie ein Kind unter dem Herzen. Um sie von der „Schande“ zu bewahren, erkannte er das fremde Kind als eigen an. Ist das ein Beweis für schlechten, verrohten Charakter? Das Gericht „übersteht“ dies aber.

Der Indizienbeweis, auf Grund dessen das Schwurgericht den Jakubowski zum Tode verurteilt, beginnt mit einer Differenz der Aussagen des Angeklagten mit einem Gerichtsinstruktor. Es geht darum, ob Jakubowski gesagt oder nicht gesagt hat: 1. „Ewald war Sonntag verschunden“ oder „Ewald war schon Sonnabend verschunden.“ 2. „Ich weiß nicht, ob die Großmutter zurückgekommen ist“ oder „ich weiß nicht, wann die Großmutter zurückgekommen ist.“ Jakubowski hat — das beweisen Dokumente, die uns im Inhalt vorliegen — ein Sprachgemisch gesprochen, gegen das selbst die Konversationsprache des alten Fräulein das reinste Deutsch war. Und diesem Jakubowski mutet das Gericht die Fähigkeit zu, auf das genaueste zwischen schon und wann und den andern Feinheiten der deutschen Sprache zu unterscheiden! Weiter: Jakubowski war Bauernknecht mit elendstem Einkommen. Die Hälfte seines fargen Monatslohns gibt er für die beiden Kinder seiner verstorbenen Braut aus. Mit unstreitiger Intelligenz konstatiert deswegen die Urteilsbegründung:

„Aus all diesen Momenten heraus wird festgestellt, daß die Kinder des Angeklagten, die große Lust waren.“ Stimmt, stimmt vollkommen. Und die Pflichten an seinen Kindern hat Jakubowski getreulich erfüllt. Das „Tagebuch“ schreibt zu der grollenden „Feststellung“ des Gerichts: „Indem die Hälfte aller unehelichen Kinder werden von ihren Vätern um die Elemente geprellt, ohne daß sie ermordet werden. Bei Jakubowski, der 30 Mark im Monat verdiente, hätte kein Gerichtsinstruktor etwas pfänden können.“

In der Urteilsbegründung wird immer wieder auf die hohen geistigen Gaben des Angeklagten verwiesen. Da wäre ihm doch wohl auch diese primitive Erwägung zuzutrauen. Aber eine Frage prüft das Gericht gar nicht. Es geht sozusagen von der inneren „Zwangslage“ aus, die für Jakubowski angeblich bestand, sein Kind zu ermorden, um nämlich Alimente einzulapfen, es vergißt aber ganz an folgenden, viel näher liegenden Ausweg:

„Und schließlich fand Jakubowski ein Weg offen, aller Sorgen um seine Kinder ledig zu werden: er brauchte nur nach Ruppau zurückzukehren. Aber er war in Pallingen geblieben und zahlte!“

Für den ganzen fraglichen Tag erbrachte der Angeklagte ein stichhaltiges Alibi. Das Urteil stellt nun fest, daß es den Alibibeweis für die Zeit von 5 Uhr 55 Minuten bis 6 Uhr 15 oder 20 Minuten nicht für beweiskräftig ansehe. Also muß das Kind von Jakubowski in dieser Zeit ermordet worden sein! Erwähnt mag werden, daß diese Zeitangaben nicht mit einem Blick auf die Stoppuhr gesehen sind, sondern nach der beläufigen Schätzung verschiedener Bauern, die sie viele Monate später machten. Heilige Justitia! ... Entscheidend für die Verurteilung wurde die Zeugenaussage eines Kindes, des Knaben Hannes Rogens. Im Urteil heißt es, daß er „in einem

geistig zurückgebliebenen Eindruck macht.“ Wegen seines offenkundigen Schwachsinns wurde er nicht einmal vereidigt. Kurze Zeit nach der Gerichtsverhandlung, in der er als Kronzeuge der Staatsanwaltschaft mitgewirkt hatte, wurde er als unheilbarer Idiot in die Irrenanstalt Domjisch eingeliefert, wo er inzwischen — seine „Mission“ hatte er ja in der Gerichtsverhandlung erfüllt — gestorben ist. Die Aussage dieses Kretins, bei dem noch zu unterlegen wäre, ob man nicht mit Absicht mit seiner Ueberführung in die Irrenanstalt wartete, bis der Prozeß Jakubowski vorbei war, kostete Jakubowski das Leben, denn „das Gericht hat kein Bedenken, die von ihm bekundete Tatsache ... als richtig anzusehen.“ Die Urteilsbegründung arbeitet dann noch mit Fußspuren-Indizien, die in ihrer Oberflächlichkeit wenig überzeugend wirken. Dann sagt die Urteilsbegründung:

„Zu all diesen Feststellungen kommt noch die weitere Tatsache hinzu, daß der Angeklagte den Eindruck eines schlauen, durchtriebenen und krupellosen Menschen macht.“ Sein langjähriger Dienstherr schildert ihn zwar als einen ebenso gutmütigen wie braven Menschen, das Gericht hält dessen Aussage aber für unmaßgeblich. Aber, gefeßt den Fall, Jakubowski war wirklich das Muster an Durchtriebenheit, für den ihn das Gericht hinstellen will: mutet man einem so „schlauem“ Menschen nicht die Wahl anderer Mittel zu, sich von der Unterhaltspflicht zu befreien als ausgerechnet durch einen Mord?

Die Urteilsbegründung weist noch viele andre Unbegreiflichkeiten auf. Nirgends steht z. B. ein Wort darüber, wie weit das Gericht tatsächlich nachgeprüft hat, ob es denn bei den vorhandenen brüchigen Verhältnissen überhaupt möglich war, den Mord in 15 bis 20 Minuten zu begehen. Auch die Frage, ob nicht jemand anders den Mord begangen haben könnte, prüft das Gericht kaum. Und vieles, vieles andre zwingt immer wieder zu einem Kopfschütteln.

Das „Tagebuch“ schließt seinen Artikel mit den Worten: „Wir glauben nicht nur, daß die Schuld des hingerichteten Jakubowski an dem Tode seines Sohnes Ewald nicht bewiesen ist. Wir sind überzeugt, daß er völlig unschuldig war, und wir teilen diese Überzeugung mit seinem Verteidiger, den Gefängnisgelehrten im Justizhaus Neustrelitz, die Jakubowski bis zu seiner letzten Stunde betreuten, mit den meisten Beamten der Strafanstalt und mit dem größten Teil aller, die den armen Menschen im Leben gekannt haben.“

Wir halten den Fall Jakubowski für das klassische Beispiel eines Klassenurteils. Jakubowski wurde zum Tode verurteilt, weil er der landfremde Proletarier war, dessen Schuld für die Richter von vornherein feststand. Wir fordern die Wiederaufnahme seines Prozesses, nicht weil damit dem armen Ruschik, der da in Neustrelitz verscharrt werden soll, etwas geholfen wird, sondern weil es gilt, den Kampf gegen die Todesstrafe, den Kampf gegen die Klassenjustiz mit allen Mitteln vorwärtszutreiben!

♣ Spiel, Sport, Körperpflege ♣

Eine hochwichtige Frage

Was muß der Arbeiterproletarier vom Sozialismus wissen? Ueber dieses hochwichtige Thema geben wir dem Nationalrat Gen. A. Bolkeri, Wien, das Wort. Bemerkenswert ist, das Genosse Bolkeri mit dem Arbeiterproletarier verbunden ist und vorgemerktes Thema bei einem Vortrag des Verbandes der Amateurfußballvereine Oesterreichs (Wafd) ausführlich behandelte:

Der Ausgang der letzten Wahlen in Wien bewies die starke Anteilnahme der Jugend und damit auch der Sportvereine. Den Arbeiterproletarier interessiert daher eine wichtige Frage: Was ist die Aufgabe des Proletariats in der Bewegung der Jugend? Das ja reichlich Gesprächsstoff abgibt, denkt der junge Mensch nicht an viele andere Dinge. Gewiß haben die Vereine die Verpflichtung, bei den Mitgliedern ein gewisses Hochhalten des Sports und die Liebe zu ihm zu erwecken. Darüber hinaus gibt es aber noch größere Fragen, für die wir uns mehr einsehen müssen, als für irgendeine Muskelbewegung. Die Funktionäre sollen deshalb der Jugend auch noch ihre Klassenlage bewußt machen und sie der Partei und Gewerkschaft zuführen. Nicht jede Gelegenheit ist dazu geeignet. Der Jugendklub ergibt sich von selbst, wo man das Bewußtsein der Pflicht gegen sich und seine Klasse erwecken und stärken kann. Mit der rein formgemäßen Einreihung in die politische Bewegung ist aber erst das Geringste getan. Da die wenigsten Menschen zufolge genauer Studien und wissenschaftlicher Feststellungen, meistens durch ihr Gefühl getrieben, zur Partei kommen, ist durch den Beitritt ihr geistiger Horizont nicht größer, ihre Ueberzeugungskraft nicht stärker geworden. Sozialistische Erkenntnis und Aufklärung macht die Gefühle erst brauchbar und wertvoll. Sonst gibt es immer, wie schon in aller Vergangenheit, nur „unzufriedene Rebellen“, die noch lange keine Sozialisten sind. Wegen der Not und Unfähigkeit des Proletariats stellte Marx die Lehre von der Arbeitskraft, die an den Besitzenden verkauft werden muß, auf. Ausbeutung und Unterdrückung sind die Folgen dieses Verkaufs. Die Maschinen werden nur gefährlich, wenn sie sich in den Händen des Kapitalisten befinden.

Sozialismus bedeutet Zusammenbruch für Verhältnisse, wo die Produktionsmittel in den Händen des gesamten Volkes übergeben werden. Der Weg, der zu diesem Ziele führt, ist der Klassenkampf. Alle geschichtlichen Bewegungen wurden bisher von einer Minorität hervorgerufen und ausgeführt. Der Grund des ewigen Kampfes der Unterdrückten gegen die Bedrückten liegt zur Hauptsache immer in den Besitz- und Machtverhältnissen, die die Menschen schaffen. Die Bourgeoisie, das Bauerntum haben sich, nachdem sie erst ihre Freiheit errungen hatten, in die Reihen der

Besitzenden und gegen den Kreis der Unterdrückten gestellt. Der Befreiungskampf des Proletariats geht nicht darauf aus, an der Beherrschung anderer teilzuhaben, sondern um alle Arbeitenden der Hand und des Geldes zu befreien, die allein befreien sind, den Staat zu führen.

Das größte Hindernis der sozialistischen Entwicklung ist der Unverstand der Massen. Die heutigen Mittel der Arbeiterbewegung genügen nicht mehr für den gewaltigen Zulauf. Aber wenigstens auf jenen Teil, der bei uns ist, können wir bestimmend einwirken. Diese Möglichkeit kann der Arbeiterproletarierbewegung einen neuen höheren Inhalt verleihen.

Fortsetzung der Kreismeisterschaft

Schon der erste Gang in der Kreismeisterschaft hat außerordentliche Ueberraschungen gebracht und bewiesen, daß sich die in den früheren Jahren oft geringer eingeschätzte Spielstärke der kleineren Bezirke gewaltig gehoben hat. Dieser Feststellung geschieht auch durch die Behauptung kein Abbruch, daß die Großstadtbezirke nachgelassen haben.

Am kommenden Sonntag findet nun der 2. Gang statt. Ausgeschlossen sind bis jetzt:

- Freisch auf Burgstädt (10. Bezirk)
- Kalkstein (8. Bezirk)
- Simson, Oberlungwitz (3. Bezirk)
- BSR Lößau (4. Bezirk)

Die Paarungen zum zweiten Gang sind: in Döbeln: Rosenpark-Döbeln-Leipzig-West 03, in Riesa: Adersau-Dresden-Lößau, in Schwarzenberg: Friesen-Schwarzenberg-Wader-Crimmitschau.

Diese drei Treffen erbringen die drei Besten, die dann in einer Runde (nach Punktzahlung) um den Kreismeistertitel kämpfen werden. Wer die Glücklichen — so möchte man nach dem Verlauf der ersten Spiele fast sagen — sein werden, ist völlig offen. Dem Bezirksmeister, West 03, Leipzig, wird der Sieg in Döbeln genau so schwer fallen wie gegen Freisch auf Burgstädt, wo er seinen Widersacher nur durch einen Elfmeter erledigen konnte. — Noch unbestimmter ist der Ausgang des Spieles in Schwarzenberg, bei dem der Begwinger des Chemnitzer Meisters beteiligt ist. — Auch über das Spiel in Riesa, dessen einer Gegner infolge Ausfall des Lößauer Spieles erst am Sonntag in Dresden ermittelt wurde, läßt sich keine Voraussage machen, obwohl der Riesaer Bezirk allgemein als der gegenwärtig plebiszitärste angesehen wird. Er hat bei diesem Spiel Gelegenheit, diese Ansicht zu widerlegen. Wir werden auch über den Verlauf dieser drei Spiele berichten.

Turner

Bezirk. Frauen. Zur Vorturner-Hauptversammlung am 22. Januar 1928 finden sich alle Vorturnerinnen sowie Vereins- und Gruppenfrauenwarte ein.

Bezirkschule (Klasse Turnerinnen). Bis auf weiteres finden die Übungsstunden Dienstags in L.-Connwitz, Zwenkauer Straße 35, 54. Volksschule, statt.

2. Kreis. 6. Bezirk.

Der allgemeine Bezirksstag findet am 18. Februar 1928, 9.15 Uhr, im kleinen Saal des Volksparkes zu Halle (Saale) statt. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht des geschäftsführenden Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers (Revisoren). 3. Bericht des Obmannes vom technischen Ausschuss. 4. Bericht des Jugendobmannes. 5. Neuwahlen. 6. Anträge. 7. Bezirksangelegenheiten: a) Bezirks-Turn- und Sportfest am 7. und 8. Juli 1928 in Scheubitz (Bestätigung desselben). b) Allgemeines.

Die Bezirksvereine können mehrere Bundesangehörige entsenden. Aufmerksamkeit möchte ich machen auf § 7 der Satzung, wonach Vereine mit über 100 Mitgliedern über 14 Jahren auf je weitere 100 einen Delegierten mehr entsenden können. Bruchteile über 50 zählen voll. Vereine, die ihren Verpflichtungen bis zum 10. Februar 1928 nicht nachgekommen sind und nicht um Stundung nachgeholt haben, erhalten kein Stimmrecht.

Wetterbericht der Arbeiter-Turn- u. Sportschule

Döbeln. 0 Grad. Schwacher Schneefall. 10 Zentimeter Schneehöhe, 1 bis 2 Zentimeter Neuschnee, vereist. Ski und Robel auf Waldwegen.

Altenberg-Geising. 1 Grad Kälte. Schwacher Schneefall. 35 Zentimeter Schneehöhe, 15 Zentimeter Neuschnee, Pulverschnee. Ski und Robel gut.

Oberwiesenthal. 1 Grad Minus. 30 Zentimeter Schneehöhe, 25 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Ski und Robel sehr gut.

Fichtelberg. 4 Grad Kälte. 66 Zentimeter Schneehöhe, 15 Zentimeter Neuschnee, Pulverschnee. Ski und Robel sehr gut.

Johanngeorgenstadt mit Auerberg. 0 Grad. Schneeregen. 20 Zentimeter Schneehöhe, 15 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Ski und Robel mäßig.

Schnee. 1 Grad Kälte. 10 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter Neuschnee, Pappschnee. Keine Sportmöglichkeit.

Alpörsch. 0 Grad. Starker Schneefall. 15 Zentimeter Schneehöhe, 12 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Ski und Robel sehr gut.

Frauenstein. 1 Grad Minus. Starker Schneefall. 12 Zentimeter Schneehöhe, 10 Zentimeter Neuschnee, vereist. Ski und Robel sehr gut.

Annaberg-Bühlberg. 1 Grad Kälte. Schwacher Schneefall. 16 Zentimeter Schneehöhe, 12 Zentimeter Neuschnee, gleichmäßig. Ski und Robel mäßig.

Bad Gottschea. 0 Grad. Schwacher Schneefall. 8 Zentimeter Schneehöhe, 8 Zentimeter Neuschnee. Ski und Robel auf Waldwegen.

Auch in den vergangenen 24 Stunden ist in den schlesischen Gebirgen Neuschnee gefallen. Jedoch in den höheren Lagen herrscht Frost, während in den Tälern die Temperatur etwas über dem Gefrierpunkt liegt. Auf dem Kamm des Riesengebirges beträgt die Schneehöhe 1,20 Meter. Ski und Robel sehr gut.

KLEINER ANZEIGER

Stellenangebote

Tüchtiger
**Steindruck-
Maschinenmeister**
für Merkantil und Photolitho
möglichst per sofort gesucht.
Oskar Fürstenau, Oststraße 38

Verleihen
**Bianoplatten-
Ladierer u. Bronzierer**
gesucht
Julius Feurich,
Pianosortefabrik
Leipzig, Kolonnenstr. 30.

Einige tüchtige
**Maschinen
gesucht**
Tauscher Rauchwaren-Zutritzer
und Kärberer H. G. Tausch
Schleifer
verleitet in Fahrtrabellen sofort gesucht
Deimos-Fabrikwerk, Reipitz, C 1
Gebäude, Bach-Str. 39/41

Zuverlässige, ehrliche
**Zeitungs-
Austrägerin**
für Alt-Leipzig (Westen)
sofort gesucht
Zu melden im Restaurant
Promenadenstraße 158/59

Männer und Frauen
sind werden von Privatkunden bei hohem
Verdienst gesucht. Burgstr. 6, 11.

Verf. Blätterinnen
umfacht u. gemacht, keine Anfänger
sollt gesucht. Vorzuziehen mit
Zeugnissen 4 bis 6 Uhr nachmittags.
Widers-Bücherei Schneeweiß
Gebäude, Bahnhofs-Str. 147.

Rediger, zuverlässig
Zurichter
verleitet auf Maschine
u. Band zum sofortigen
Eintritt
nach Süddeutsch-
land gesucht.
Reisevergütung
Off. unter O. 35 an
die Expedition d. Bl.
Tauscher Str. 19/21

Verkauft
Englische
Gummi-Waren
Preisliste gratis
Gustav Grünler
Zeulenroda i. Thür.
Untere Gasse 2
Gebz. Röhmannstr.
gut nähend
Meth, Frankfurtstr. 22

Von Herrschaften
wenig getragen
Berr. Garberode
bitt. zu vert. Willeh.
Verkaufstr. 12, u.
Ein- u. Verkaufsweg.

MÖBEL
auf Teilzahlung
Billigste
Vorstadtpreise
Möbelhaus Poll
Eutritzscher Markt
(Gosensbörse)
Str. 14, 16, 21

Große Auswahl
20-25 Küchen
und diverse lackierte
und feuerfeste
Schlafzimmer
abst. billigst ab-
**Lendel, Möbel-
handlung,**
Soleg.
Str. 33.

Kaufgesuche
Geh. Pisen, Nigl, Bremen.
F. Hug & Co., Schulstr. 3
T. 14188. Off. u. Dr. ab.

Diverses

Saben Sie Stoff?
Vertigge Ihnen einen
modernen Anzug od.
Montel nach Maß
mit Zutaten von
29 Mark an
Rudolph. L.-Rouand.
Frommannstr. 15, 16

Frack-Dachs
verleitet alle
Vereinsmitglieder
Hainstr. 6

Leipziger Lokomotivfabrik
Gesellschafts-Anzüge
Bolau
Albertstraße 20a
Ecke Zeitger Straße 3

Verleih
von Gesellschafts-
anzügen
Baumgärtel
Königsplatz 9, 1

Musikfundige
kann in dem Dilettanten-
kreise des Reichsbanners nach
Aufnahme finden. Gewünscht
werden Solobläser (Klarinette,
Fidre) und Bassbläser.
Instrumente sind vorhanden.
Gelehrtsstraße, Leipzig C 1,
Gellertstraße 7-9, III

Telephonisch
können Interate nach
angenehm werden
Geschieden bei Bolau
-Bolaustr. 20a

Vermietungen
Freundl. Schlafstelle
für solib. Herrn oder
Fräul. zu fragen bei
Sorge, Döbelnstr. 27, 12

Die Verwaltungsreform

Zagung des kommunalpolitischen Landesausschusses und der Landtagsfraktion

Am Montag hielten der kommunalpolitische Landesausschuss und die Landtagsfraktion in Dresden eine gemeinsame Sitzung ab, um sich in eingehenden Beratungen mit der sächsischen Verwaltungsreform, die durch die Denkschrift des Präsidenten des Staatsrechnungshofes, Schick, besonders aktuell geworden ist, zu beschäftigen.

Die Ausführungen des ersten Referenten, des Genossen Wedel, waren im ersten Teile mehr allgemeiner Natur. Wedel hält die Verwaltungsreform für ebenso wichtig wie dies vor dem Kriege mit der Wahlrechtsfrage der Fall war. Der alte Obrigkeitsstaat hat auf diesem Gebiete keine Konzessionen an den Fortschritt gemacht. Beweis genug, wie wichtig die innere Verwaltung ist. Im Dawesgutachten befindet sich eine Zusammenstellung der Verwaltungsaufgaben; an der deutschen Zusammenstellung wird scharfe Kritik geübt, die lange Zeit unbeachtet geblieben ist. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht strebt eine Finanzdikatur an, die selbstverständlich die Vernichtung der Selbstverwaltung bedeuten würde. Demgegenüber wird schon im Heidelberger Programm als Ziel der sozialistischen Verwaltungspolitik die Dezentralisation gefordert. Der frühere preussische Finanzminister v. Miquel hat schon 1865 die Bureaucratie als organisierte Zeitvergeudung bezeichnet. Die Selbstverwaltung kann sich auch nur richtig auswirken, wenn genügend leistungsfähige Selbstverwaltungskörper vorhanden sind. Trotzdem würde es falsch sein, daß die kleinen Gemeinden einfach beseitigt würden. Zweckverbandsbildungen würden vielfach unzulänglich sein. Besser erscheint schon die rheinisch-westfälische Amtsverfassung. Wedel denkt an die Schaffung von ländlichen Großgemeinden (Bezirksverbände), deren Leiter direkt vom Volke gewählt werden. Dieser Posten muß also wählbar sein und dann auch demokratisch kontrollierbar. Auswüchse wären dann unmöglich. Die Einzelgemeinden und -bezirke bekommen selbstverständlich die Aufgaben zugewiesen, deren Zusammenfassung nicht notwendig ist. Weiter müssen direkte Wahlen zum Bezirkstage gefordert werden, wobei nicht einmal die Beteiligung der Wahlkreise nötig wäre, weil durch entsprechende Bestimmungen der Proporz unbedingt sichergestellt werden könnte. Neben dem Bezirkstage müßten örtliche Vertretungen vorhanden sein.

Der Vorteil dieser ländlichen Großgemeinden wäre, daß sich diese allen Bedürfnissen leichter anpassen können als das Präfektensystem. Die staatlichen Amtshauptmannschaften müßten also weggelassen und weiter müßte die Kommunalisierung der Polizei durchgeführt werden. Ein weiterer Vorzug der demokratischen Selbstverwaltung sei eine Vereinfachung und Verebilligung der Verwaltung unter Verminderung des schematischen Beamtenabbaues. Die Aufsicht wäre dann nur nötig für etwa 25 Bezirksgemeinden und 21 bezirksfreie Städte. Die Kreisamtsverwaltungen könnten weggelassen und deren Aufgaben den Großgemeinden übertragen werden. Die Verwaltungsgerichte bei den Kreisamtsverwaltungen müßten ebenfalls beseitigt und solche den Großgemeinden angegliedert werden, die mit Laien zu besetzen sind. Im übrigen hätte Selbstaufsicht Platz zu greifen.

Durch solche Organisation würden die Kirchturnspolizisten matt gesetzt. Der Staat, der danach bloß aus etwa 50 Großgemeinden bestünde, würde zu einem großen Selbstverwaltungskörper werden. Und nur auf diesem Wege werden wir zum Einheitsstaat kommen. Eine Zentralisation ist aber auch notwendig, um die parlamentarische Kontrolle zu ergänzen. Der wichtigste Vorteil aber wäre die enorme erzieherische Wirkung dieser Selbstverwaltungsorganisation. Vom Redner wiedergegebene Zitate freiheitlicher bürgerlicher Politiker zeigen, daß dieses System durchführbar ist, andererseits beweisen sozialistische Zitate, daß es sich um eine alte sozialistische Forderung handelt. Deshalb Kampf gegen einen Staat, wie ihn Luther gründen will, und dafür einen demokratischen Selbstverwaltungsapparat.

An zweiter Stelle sprach Genosse Oberregierungsrat Schulze, Leipzig, der als wahre Ursache, daß jetzt überall von Verwaltungsreform die Rede ist, den wachsenden Einfluß der Arbeiterkraft in den öffentlichen Körperschaften feststellt. Der Wirtschaftspakt die heutige Richtung in der Kommunalpolitik nicht. Die Richtlinien für unsere Arbeit sind uns im Heidelberger Programm vorgezeichnet? Ausbau und Stärkung der Selbstverwaltung und Zurückdrängung der höheren Verwaltungsbureaucratie. Und in dieser Richtung unterscheiden wir uns grundsätzlich von Schick, der kein Reformator, sondern bloß ein Sparkommunist ist.

Bei den Reichstagswahlen wird mit dem Schicksal der kommunalen und der Bezirksverwaltung gekämpft werden. Ein Einheitsstaat, wie wir ihn uns denken, liegt noch in weiter Ferne. Deshalb müssen wir auch in Sachsen an die Frage der Verwaltungsreform herangehen, die wir durchführen können, wenn wir wieder an der Macht sind. Eine Verwaltungsreform wollen auch wir, aber unsere Motive sind andere als die der Wirtschaft. Auch wir wollen sparen, aber nicht, um die Besitztümer zu senken, sondern um Mittel freizubekommen für Aufgaben, die vom sozialistischen Standpunkte aus gelöst werden müssen. Schulze unterstrich in der Hauptsache die vom ersten Referenten aufgestellten Forderungen,

wobei er sich auch mit der sächsischen Denkschrift auseinandersetzte und die Durchführung des Einkammersystems für alle Selbstverwaltungskörper verlangte. Nach jeder Wahl zur Bezirksvertretung und zum Stadtparlament müsse der Amtshauptmann und Bürgermeister neu gewählt werden. Die Polizei muß der Gemeinde übertragen werden, da die Polizeiaufgaben zum großen Teil Verwaltungsaufgaben sind, der Polizeipräsident dem Selbstverwaltungskörper verantwortlich sein und der Behördenaufbau viel durchsichtiger sein. Wir müssen darauf hinarbeiten, daß an dem Tage, an dem die Selbstverwaltung erhebt ist, unsere Minister sich nicht mehr auf die alten Geheimräte stützen müssen.

An der Aussprache, die sehr anregend verlief, beteiligten sich die Genossen Kaamer, Chemnitz, Künzler, Dresden, der besonders die eminent politische Seite der Verwaltungsreform betonte, Rebrig und Book, Wurzen. Genosse Edel schloß darauf die Konferenz mit dem Wunsche, daß die Beratungen, die zunächst einmal eine theoretische Klärung des Problems herbeiführen sollten, zu einem positiven Ergebnis für die Partei führen möchten.

Deutschnationale Freiheiten

Uns wird geschrieben: Der Landtagsabgeordnete Berg schreibt in der Leipziger Abendpost über Verwaltungs- und Parlamentsreform in Sachsen. Was den L.N. zu schmerzhaft ist — und das will viel heißen — wandert in ihren Abteiler, in die Abendpost.

Berg schreibt darin über den Parlamentarismus in Sachsen und reißt sich dabei an dem böhsener Untersuchungsausschuss, dessen Vorsitzender er war und der er nur infolge seiner Krankheit nicht mehr ist. Er glaubt sich beklagen zu müssen über die ungebührliche Ausdehnung der Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. Es gehört wirklich eine deutschnationale Stirn dazu, wenn man den Sachverhalt selbst kennt, solche Darstellung zu geben. Der Berichterstatter des Ausschusses war und ist der ständige Dränger, Sitzungen abzuhalten, um die Angelegenheit spruchreif zu machen. Als er seinen Bericht erstattete, war der Mitberichterstatter, der Volksparteiler Lippe, nicht darauf vorbereitet, weil er von der Regierung das Material nicht erhalten hatte. Warum er sich nicht darum kümmerte, ist seine Sache, gibt aber allerhand Vermutungen Raum. Nach seinem Bericht forderte er Vernehmung einer Anzahl Zeugen und von zwei Sachverständigen. Der Berichterstatter hatte auf Sachverständige verzichtet, weil für ihn der Sachverhalt durch die vorliegenden Vernehmungsprotokolle und die Stellungnahme des Bergamtes und Oberbergamtes neben eignen Feststellungen genügend geklärt erschien.

In diesem Stadium (Mitte Oktober) der Verhandlungen wurde Berg krank. Die Mitglieder des Ausschusses wurden auf seine Anordnung dahin verständigt, daß infolge seiner Krankheit der Ausschuss vor Ende November keine Sitzung abhalten könne. Die Absicht war klar, Verschleppung bis nach den Weihnachtsferien.

Auf Anregung des Berichterstatters berief der zweite Vorsitzende aber doch eine Sitzung ein, in der die Sachverständigen vernommen wurden. Da die Gutachten nicht vollständig im Wortlaut aufgenommen wären, würden sie noch schriftlich angefordert. Auch die Kommunisten hatten einen Sachverständigen für ein schriftliches Gutachten vorgeschlagen. Daß Berg und seinen Bundesbrüdern die Untersuchung verdammt unangenehm war, ist begreiflich, denn es stellte sich zunächst eine unglaubliche personelle Notterwirtschaft durch eine Anzahl Stahlhelmhauptlinge in Böhsen heraus. Berg mühte im Ausschuss verzweifelt anerkennen, daß diese Fragen mit der Untersuchung über das Unglück verbunden werden können, weil der Berichterstatter die mangelhafte Ausführung der Rippe mit der Stahlhelms-Weiterwirtschaft in Verbindung brachte.

Noch unangenehmer sind die schriftlichen Gutachten, von denen jetzt zwei von den drei bestellten vorliegen. Geradezu vernichtend ist das Gutachten des Bergdirektors Landgraaber:

„Elementare und unvorhergesehene Gewalten kommen meines Erachtens bei der böhsener Katastrophe nicht als Ursache in Frage. Vielmehr sehe ich auf dem Standpunkte, daß der Dammbruch zeitlich und örtlich ziemlich genau hätte vorausgesehen werden können, wenn, sowohl bei der Anlage wie später, die hydrotechnischen Verhältnisse in dem Maße beachtet worden wären, wie es sich gehört hätte.“

So lautet der Anfang des Gutachtens. Die Erfahrungen seien

reichhaltig bei Hochwasserdämmen, und die außergewöhnliche Anlage in Böhsen hätte äußerste Vorsicht verlangt. Der Referent kommt zu dem Schluß, daß in Böhsen von den verantwortlichen Personen leichtfertig gehandelt wurde.

Das ist natürlich sehr peinlich, nachdem der Sachmann Lippe vorher im Gefühl seiner Kenntnisse triumphierend das Gegenteil festgestellt hatte.

Parlamentarische Möglichkeiten, das Bürgerturn bloßzustellen, sind gewiß unangenehm — Herr Berg; aber wenden Sie sich wegen der Ausdehnung der Verhandlungen an Ihren Regierungskomponen, Herr Lippe, der Ihnen sicher nicht unbekannt sein dürfte.

Kaiser drückt sich

Wie wir berichteten, findet am Sonntag dem 22. Januar, in Dresden eine Protestversammlung gegen das Reichsschulgesetz statt, auf der unter anderem auch der sächsische Volksbildungsminister Dr. Kaiser sprechen sollte. Dr. Kaiser hatte bereits als Redner zugelegt. Inzwischen hat dieser seine Zusage zurückgezogen. Er begründet seine neuerliche Abgabe damit, daß die Frage mit dem Reichsschulgesetz noch nicht genug geklärt sei.

Herr Kaiser gehört der Deutschen Volkspartei an. Die Parteifreunde Dr. Kaisers im Reiche, u. a. der volksparteiliche, des Hochverrats verdächtige Reichstagsabgeordnete Heine, sind die Väter jener bekannten „Leg Sachsen“, nach der das sächsische Volkswesen wieder der Vormundschaft der Kirche überlassen werden soll. Dr. Kaiser hätte sich also bei seiner Rede im besonderen gegen seine Parteifreunde wenden müssen. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat jetzt die Parteileitung Herrn Dr. Kaiser das Reden verboten, denn die Begründung, die Herr Kaiser bei seiner Abgabe vorbringt, ist mehr als faul. Die Abgabe des Herrn Kaiser offenbart aber aufs deutlichste den reaktionären Kurs der Deutschen Volkspartei auf dem Gebiete der Kultur- und Schulpolitik. Hoffentlich merken sich die fortschrittlichen sächsischen Lehrer die Abgabe des Herrn Volksbildungsministers.

Eisenbahnunfall

Ein Wagen entgleist

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich auf der Strecke Chemnitz-Annaberg hinter einer Eisenbahnunterführung bei Augustsburg. Infolge Wagensettes entgleisten gegen 23 Uhr elf Wagen eines aus dem Erzgebirge nach Chemnitz fahrenden Güterzuges. In einer scharfen Kurve sprangen die Wagen, die sich mitten im Zuge befanden und mit Stützgut beladen waren, aus den Gleisen. Vier von ihnen stürzten eine hohe Böschung hinab, zwei verfangen sich in den Schienen und blieben in der Luft hängen, während fünf weitere Güterwagen neben den Schienen zu liegen kamen. Bei dem Eisenbahnunfall wurden Personen nicht verletzt, doch entstand ein bedeutender Sachschaden. Schienen und Waggons wurden aufgerissen. Der Verkehr auf der Strecke war für längere Zeit unterbrochen.

Frau Polizeioberwachmeisterin

Am 16. Januar wurden in Dresden die seit dem 1. April 1927 sechs diensttuenden Frauenpolizistinnen, die bisher als Vertragsangestellte eingestellt waren, als Polizeibeamtinnen verpflichtet. Die Beamtinnen erhielten gleichzeitig die Bezeichnung Polizeioberwachmeisterin.

Annaberg. Ein gräßlicher Unfall! Bei Neuborf im Erzgebirge ist ein Waldbarbeiter beim Fällen eines Baumes auf gräßliche Weise verunglückt. Der stürzende Baum fiel nicht in der berechneten Richtung, so daß ein Ast den zur Seite springenden Arbeiter traf und dessen Leib durchbohrte. Der Bedauernswerte, der Frau und Kinder hinterläßt, wurde dadurch förmlich auf die Erde aufgeschleift und war sofort tot.

Wauen. Ein altes Schmuckstück. Bei Erarbeiten in Zwoschwitz wurde eine Bronzenadel aus einer bronzzeitlichen Siedlung gefunden. Die Nadel ist reich ornamentiert, aus einem Stück gearbeitet und allseitig mit klarer Patina bedeckt. Fast gleichzeitig entdeckte man in Zwoschwitz ein neues großes Auenfeld, das bis in eine Tiefe von 80 Zentimeter reicht und als eine Herdstelle erkannt worden ist.

Rähnitz-Bellerau. Kein Geld für Kulturaufgaben. Die Gemeinde muß den Bau einer Wasserleitung vorläufig einstellen, wenn es nicht gelingt, ihn weiter zu finanzieren. Obwohl die Wasserleitung kein Luxusbau, sondern eine verbundene Anlage ist, die im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung und der gewerblichen Betriebe ausgeführt wird, werden der Gemeinde Schwierigkeiten in der Aufnahme von Krediten bereitet.

Pentz. Ein Auto in eine Gruppe junger Leute gefahren. Ein Auto fuhr auf der Landstraße von Pentz in eine Gruppe junger Leute. Einer 15 Jahre alten Hausdokter aus Pentz wurde die Schädeldecke zertrümmert und das linke Schultergelenk zerissen. Kurze Zeit darauf ist sie im Krankenhaus gestorben. Ein Baderlehrling trug schwere Gefäßverletzungen und wahrscheinlich auch innere Verletzungen davon. Die anderen kamen mit dem Schrecken davon.



Halloh! Heute ist sie endlich da!

„SUPERIA“
die neue charaktervolle

Zigarette

53

